
B E R I C H T E

15 Jahre "Finding Design in nature": Was von der Debatte bleibt	2
Mit einem Text in der New York Times entfachte Kardinal Schönborn im Juli 2005 eine Debatte über das Thema Schöpfung vs. Evolution. Bis heute wird über die dahinter liegende Frage nach Glauben und Wissen gestritten und es tun sich heute erstaunliche neue Allianzen auf - Von Henning Klingen	
Sterbehilfe-Debatte kommt durch Befassung des VfGH in Fahrt	4
Spitzenbeamtin im Gesundheitsministerium zollt kfbö Hochachtung	6
Papst Franziskus verrät die Ursprünge von "Laudato si"	7
Benedikt XVI. jetzt der wohl älteste (Ex-)Papst der Geschichte	8
Die USA auf dem Weg in die gesellschaftliche Säkularisierung	10
Slowakischer Erzbischof: Coronakrise prüft Glauben und Charakter	11
Tschechien: Kontroverse zwischen Bischof und TV-Kirchengesandter	12
Bin ich getauft?	14
Hongkongs Kirche im Zwiespalt	15
Der Kampf eines afrikanischen Kardinals um Frieden	16
Afrikas bizarrstes Gotteshaus wurde vor 30 Jahren geweiht	18

P R E S S E S C H A U

Nach Kritik nun auch Unterstützung für vatikanische Instruktion	19
Medienkommentare sprechen von "Weitblick", "zeitgemäßem Verständnis der Hirten Sorge" und "praktikablen" Reformvorgaben, loben den Fokus Umkehr, Mission und Präsenz vor Ort	
Diözesansprecher: Flüchtlingskinder-Debatte zeigt Politik-Misere	21
Publizistin: Klären, welche Hilfe man Sterbewilligen anbietet	21
Twitter-Debatte: Wie wäre Jesus zum Stephansdom gekommen?	22

I N T E R V I E W

"Um Sterbewilligen zu helfen, muss man ihren Raum betreten"	23
Neue Leiterin der Telefonseelsorge Österreich, Antonia Keßelring, über Corona, Einsamkeit, Suizidbeihilfe und die Frage, wie man bei Sterbewunsch am besten hilft	

D O K U M E N T A T I O N E N

"Schrei der Erde und der Armen ist noch lauter geworden"	26
Wortlaut der Papstbotschaft zum Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung 2020	

B E R I C H T E

15 Jahre "Finding Design in nature": Was von der Debatte bleibt

Mit einem Text in der New York Times entfachte Kardinal Schönborn im Juli 2005 eine Debatte über das Thema Schöpfung vs. Evolution. Bis heute wird über die dahinter liegende Frage nach Glauben und Wissen gestritten und es tun sich heute erstaunliche neue Allianzen auf - Von Henning Klingen

11.09.2020 (KAP-ID) Es schien alles so befriedet: hier der Bereich der Naturwissenschaften, dort die Welt der Religionen. Man duldete sich gegenseitig, gewiss nicht ohne eindeutige Relevanzmarkierungen: Wir sind fürs Wissen zuständig, ihr nur für den Glauben. Doch dann brachte - im Juli 2005, genau vor 15 Jahren - ein kleiner Text in der "New York Times" dieses Gefüge durcheinander, indem er etwas Unerhörtes behauptete: Unter dem Titel "Finding design in nature" konstatierte sein Autor, dass die menschliche Vernunft letztlich abdanke, ja selbst zur "Ideologie" werde, wenn sie den "überwältigende Beweis für Zweck und Plan" in der Natur schlichtweg als evolutionäres Zufallsprodukt darstelle. Der Verfasser war kein geringerer als Kardinal Christoph Schönborn, der mit seinem Text in Folge eine rege Debatte zwischen Theologen und Philosophen auf der einen Seite sowie Evolutionsbiologen und Wissenschaftstheoretikerin auf der anderen Seite anstieß. Die entscheidende Passage des Textes lautete:

"Jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, wird die katholische Kirche angesichts von wissenschaftlichen Ansprüchen wie dem Neo-Darwinismus und der 'Multiversum-Hypothese' in der Kosmologie (die aufgestellt wurden, um dem überwältigenden Beweis für Zweck und Plan auszuweichen, der in der modernen Wissenschaft zu finden ist) neuerlich die menschliche Vernunft verteidigen und verkünden, dass der in der Natur offensichtlich vorhandene immanente Plan wirklich ist. Wissenschaftliche Theorien, die den Versuch machen, das Aufscheinen des Plans als ein Ergebnis von 'Zufall und Notwendigkeit' wegzuerklären, sind nicht wissenschaftlich, sondern - wie Johannes Paul II. festgestellt hat - eine Abdankung der menschlichen Vernunft." (Wortlaut: <https://www.nytimes.com/2005/07/07/opinion/finding-design-in-nature.html>)

Gewiss, der Streit um das Verhältnis von Glauben und Wissen hub nicht erst mit diesem Text an; vielmehr stellt die hier verhandelte

Variante eine sehr spezielle Fragestellung dar, geht es dabei doch um die theologisch vorgetragene (Wissenschafts)Kritik an einem aus Sicht der Theologie naturalistisch verkürzten Wissenschafts- und Wissensbegriff. Zudem zeigt das Beispiel des Schönborn-Textes auf, wie stark solche Debatten zeithistorisch verortet sind und sich einem jeweils eigenen Diskursklima verdanken: im konkreten Fall war dies die vor allem seitens offensiv auftretender Evolutionsbiologen wie Richard Dawkins ("Der Gotteswahn", "Die Schöpfungslüge") forcierte Kritik an "der Religion" insgesamt: Wo das naturwissenschaftliche Wissen wächst, dort muss die Gott-Hypothese weichen. Darwin wurde zum Zankapfel. Und evolutionsbiologisch gewendet: Wer immer an so etwas wie der Idee einer göttlichen Schöpfung festhalte, der vergreife sich an wissenschaftlich gesichertem Wissen über die Evolution.

Für europäische Ohren klangen die damaligen Angriffe Dawkins' dabei stets etwas zu schrill. Tatsächlich ließen sie sich nur verstehen vor dem Hintergrund der speziellen amerikanischen Debattenlage, wo sich - anders als in Europa - finanziell gut ausgestattete Gegen-Schulen Gehör verschafften: Kreationismus und "Intelligent Design" lauteten die Stichworte jener Bewegung, die vor dem Hintergrund einer biblizistischen, d.h. wortwörtlichen Bibelauslegung eine krude anmutende Schöpfungstheologie vorlegten, die die Erde als unmittelbaren Eingriff des Schöpfergottes verstand. Die Anhänger der intellektuelleren Spielart dieser These gehen hingegen davon aus, dass sich Spuren des göttlichen Schöpfungsaktes in und durch die Evolutionsbiologie aufzeigen lassen - im Speziellen dort, wo das darwinistische Prinzip der Selektion keine ausreichenden Erklärungen etwa für Spontanmutationen bereithält. Je tiefer man in die Konstruktionspläne des Lebens blicke, desto faszinierender, planmäßiger, schöner zeige sich dieses Leben - und desto wahrscheinlicher erscheint die Annahme eines göttlichen Plans hinter allem, so die

These. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, welchen Spagat der Text von Kardinal Schönborn versuchte: Er wollte Kritik an einem verkürzten Wissenschaftsbegriff üben und zugleich Äquidistanz zum Lager der Kreationisten wahren. Allein, bereits durch das Signalwort des "Designs" im Titel seines Textes zog sich Schönborn den Argwohn auch anderer Theologen zu: Ist der Wiener Erzbischof ein Anhänger des "intelligent design"? - Es brauchte in Folge ganze Katechesenreihen, Interviews und Publikationen, um sich von diesem "Makel" zu befreien. So stellte Schönborn in verschiedenen Publikationen wie etwa im Buch "Baupläne der Schöpfung" des Mediziners Johannes Huber und des Physikers Walter Thirring klar, dass er keineswegs zur "ID"-Schule zähle, sondern schlicht und einfach aus theologischer Sicht für die Respektierung methodischer Grenzen zwischen Theologie und Naturwissenschaften plädierte: Wo man von den Naturwissenschaften "den ultimativen Gottesbeweis" verlange, überfordere man die Methode, wo man die Theologie zu naturwissenschaftlichen Aussagen nötige, verfehle man die existenzielle Stoßrichtung.

Rückendeckung aus der Naturwissenschaft

Im Blick auf seine Wissenschaftskritik bekam Schönborn überraschenderweise nicht wenig Zustimmung: So verwies etwa der Münchener Mikrobiologe Siegfried Scherer darauf, dass es gute - wissenschaftliche - Gründe gebe, einen simplen Evolutionsgedanken, der die Entwicklung des Lebens konsistent von A bis Z erkläre, abzulehnen. Die Leerstellen der Evolutionstheorie gäben Anlass, "der erklärten Objektivität und dem Absolutheitsanspruch der Naturwissenschaften entgegenzutreten". Der umfassende Erklärungsanspruch und die "zumeist polemisch-aggressive Art des Auftretens der Evolutionsverfechter" weise bereits darauf hin, dass es bei der Frage nicht nur um ein naturwissenschaftliches Modell gehe, sondern um ein ideologisch verfremdetes Modell des Evolutionismus.

Scherer hatte dabei die spezielle nord-amerikanische Situation vor Augen - eine Situation, in der Religion ganz und gar nicht marginalisiert ist, sondern ein gewichtiger Player der Zivilgesellschaft ist; und zwar vor allem in ihrer konservativen bis reaktionären Spielart. So zeigten sich damals rund um die "Dawkins-Debatte" nicht nur 92 Prozent der Amerikaner von der Existenz Gottes überzeugt, 53 Prozent gaben laut Gallup-Institut gar an, davon überzeugt zu sein,

dass die Erde vor rund 6.000 Jahren entstanden sei. Dies war der Boden, auf dem Dawkins und seine Mitstreiter versuchten, als "Brights" das Licht der Aufklärung und der Vernunft hochzuhalten. - Und dies war zugleich jener Boden, auf dem Schönborns Text wie eine Bombe einschlug...

Heute hat sich die Debatte nicht nur beruhigt, sie hat sich sogar unerwartet gedreht: Heute mehrten sich nämlich gerade im europäischen Kontext und gerade in einer Zeit, in der die etablierten christlichen Religionen schwächeln und an Boden verlieren, die Stimmen, die auf einen unlösbaren, ja, notwendigen Zusammenhang von Glauben und Wissen hinweisen. Interessanterweise sind dies vor allem prominente philosophische Stimmen.

Ein notwendiger Zusammenhang

Eine davon ist der Berliner Philosophie-Professor Volker Gerhardt, der Glauben und Wissen in einem "notwendigen Zusammenhang" sieht. Glauben setzte und setzt stets ein Wissen von dem voraus, was zu glauben ist - und das Wissen wiederum kennt vielfältige Formen des "Für-Wahr-Haltens" dessen, was Wissenschaftler erforschen. "Schon in der Verantwortung gegenüber einer Wissenschaft, die nur in einzelnen Fragen eine beschränkte Berechenbarkeit erlaubt, (...) kommt niemand ohne den guten Glauben an die Unverzichtbarkeit des Wissens aus. Das ist das Minimum des Glaubens, auf den bereits die wissenschaftliche Zivilisation gegründet ist", schreibt Gerhardt in seinem Essay "Glauben und Wissen. Ein notwendiger Zusammenhang".

Anders gesagt: Glaube meint nichts anderes als eine spezifische "Einstellung zum Wissen" - nämlich jene, das Wissen nicht absolut zu setzen, dem ganze Anderen eine Chance einzuräumen, die eigene Begrenztheit in Rechnung zu stellen. Diese Relevanz des Glaubens gilt laut Gerhardt darüber hinaus auch für andere Bereiche wissenschaftlichen Denkens bzw. Erkennens - etwa für die Bereiche der Moral, der Humanität und der Kultur - schließlich lasse sich ein moralisches Sollen nicht einfach synthetisch herleiten: es gehört immer ein Glauben-an-das-Sollen dazu.

Argumente für eine "rationale Theologie"

Einen anderen Weg schlug vor wenigen Jahren mit einem viel beachteten Essay ein weiterer Berliner Philosoph ein: Holm Tetens plädierte in seinem Band "Gott denken" für eine Art "rationale Theologie". Die zentrale These lautete dabei, dass

sich der philosophische Vorwurf, der Gottesgedanke sei eine bloße "Ausgeburt von Wünschen", bei genauerer Betrachtung als "haltlos" erweist. Tatsächlich nämlich sage die Kritik, dass eine Idee wie die Gottesidee nur den menschlichen Wünschen entspringe, noch nichts Substanzielles darüber aus, ob der Gottesgedanke denn nun wahr oder falsch ist: "Wo kämen wir hin, wenn wir ständig schließen würden, dass etwas schon deshalb nicht der Fall sein könne, weil es schön und gut ist?"

Als Türöffner für den Gottesgedanken wählt Tetens eine Kritik des aktuell wohl gängigsten philosophischen Weltzugangs: den Naturalismus. Sein Kernsatz lautet: "Es gibt nur das, was sich durch Erfahrung, insbesondere durch wissenschaftliche Erfahrung, erfassen, beschreiben und erklären lässt". In diesem Horizont mutet der Gottesgedanke in der Tat wie ein Fremdkörper an. Doch die Sache habe einen Haken, so Tetens. Schließlich behauptet der Naturalist ja bloß, dass es nur die Erfahrungswelt gibt - beweisen kann er es nicht. Der Kernsatz des Naturalismus gehe somit eigentlich "über das hinaus, was Erfahrung und wissenschaftliche Erfahrung uns lehren kann". Tetens wörtlich: "Machen wir es kurz und schmerzlos: Der Kernsatz des Naturalismus ist ein metaphysischer Satz, und damit ist der Naturalismus keine nicht-metaphysische Weltauffassung." Oder positiv gewendet: "Jemand, der am philosophischen Gottesgedanken festhalten will, kann das tun, ohne sich in Widerspruch setzen zu müssen zu irgendeinem Ergebnis der Wissenschaften".

Glauben & Wissen: Triebfedern der Moderne

Der dritte Denker, der für ein neues, produktives Zueinander von Glauben und Wissen steht - und der wiederum einen gänzlich anderen Denkweg einschlägt -, ist zugleich der prominenteste: Jürgen Habermas. In seinem jüngsten, 1.700 Seiten starken Opus Magnum "Auch eine Geschichte der Philosophie" zeichnet er das permanente Ringen

zwischen Glauben und Vernunft nicht nur philosophiegeschichtlich, sondern als "Genealogie nachmetaphysischen Denkens", also als Geschichte der Herausbildung des säkularen Denkens insgesamt nach. Sein Hauptinteresse gilt dabei nicht der Religion an sich oder gar der Theologie, sondern vielmehr der Ausleuchtung des dunklen Wurzelgrundes der abendländischen Philosophie: Schließlich habe die moderne Philosophie - gemeint ist die Philosophie als eine eigenständige, sich aus dem Klammergriff der Religion und Theologie losgelöste, autonome Wissenschaft - ihren Ausgang ja nicht bei Kant genommen, sondern viel früher. Und so rekonstruiert er die Emanzipationsgeschichte der Philosophie ausgehend von der "Achsenzeit" über die Symbiose von Glauben und Wissen im christlich aufgeladenen Platonismus, über Thomas von Aquin, Duns Scotus, Wilhelm von Ockham, Luther, bis hin zur "Wegscheide" der Philosophie: zur historischen Konstellation Kant vs. Hume und den Folgen in Form von Hegel, Marx und Kierkegaard.

Die säkulare Vernunft wisse darum, so Habermas' erstaunliche These, die er bereits in früheren Publikationen vorbereitet hat, dass die "Entweihung des Sakralen" in den Religionen und den historischen Diskurs-Konstellationen selbst ihren Anfang nahm, indem die Religion nämlich selbst dazu beitrug, dass "Magie entzaubert", der "Mythos überwunden, das Opfer sublimiert und das Geheimnis gelüftet" worden sei. Unter diesen Voraussetzungen könne die Vernunft "von der Religion Abstand halten, ohne sich deren Perspektive zu verschließen". Die Religion bleibe insofern stets ein "Pfahl im Fleisch der Moderne", so Habermas.

Gewiss, "Finding design in nature" hat diese Akzente und Debatten nicht begründet, aber der Text stellte doch einen Katalysator dar, durch den eine alte Debatte teils neu gewandt wurde - und sich erstaunliche philosophisch-theologische Allianzen gebildet haben.

Sterbehilfe-Debatte kommt durch Befassung des VfGH in Fahrt

Höchststrichter beraten ab 21. September über etwaige Lockerung des derzeitigen Verbots von Tötung auf Verlangen sowie der Mitwirkung am Suizid

18.09.2020 (KAP-ID) Aus aktuellem Anlass ist in Österreich eine erneute Debatte um aktive Sterbehilfe angelaufen. Der Verfassungsgerichtshof

berät darüber in seiner am 21. September beginnenden Herbst-Session, nachdem vier Antragsteller, darunter zwei Schwerkranke, das Verbot der

Tötung auf Verlangen sowie der Mitwirkung am Selbstmord für verfassungswidrig halten. Mit Unterstützung eines Schweizer Sterbehilfe-Vereins haben sie die Aufhebung der Paragraphen 77 und 78 des Strafgesetzbuches beantragt, die für diese Vergehen jeweils eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vorsehen. Die Antragsteller argumentieren, dass durch die geltende Rechtslage leidende Menschen gezwungen werden, entweder entwürdigende Verhältnisse zu erdulden oder - unter Strafandrohung für Helfer - Sterbehilfe im Ausland in Anspruch zu nehmen.

Der Fall war bereits im Juni Gegenstand von Beratungen des VfGH. Zur weiteren Klärung wird am Donnerstag, 24. September (9.30 Uhr) eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt. Danach wird der Gerichtshof die Beratungen in seiner Oktober-Session fortsetzen und gegebenenfalls einen weiteren Verhandlungstermin anberaumen, hieß es in einer Mitteilung vom 7. September. Eine Entscheidung wird noch für 2020 erwartet, wobei ein Termin für deren schriftliche oder mündliche Verkündung noch bekannt gegeben wird.

Alarmierte Ärzteschaft

Dominiert wird die bisherige Debatte in Österreich einerseits von Medienberichten über Schicksale von Einzelpersonen, die ihr Leben durch assistierten Suizid beenden möchten, doch gibt es andererseits auch eine wachsende Zahl von Warnungen vor einer Gesetzesänderung und einer Heroisierung des Suizides als "selbstbestimmte Tat am Lebensende". Besonders den am 10. September begangenen "Welttag der Suizidprävention" nutzten Vertreter aus Ärzteschaft, Ethik und der Kirchen für mahnende Zwischenrufe.

So bezeichnete etwa die Österreichische Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (ÖGPP, 10. September) eine "Hilfe" beim Suizid als "inakzeptabel" und die aktuellen Tendenzen zu einer Legalisierung als "besorgniserregend". Es könne "grundsätzlich keine ärztliche Aufgabe" sein, bei der Umsetzung von Sterbewünschen zu kooperieren. Ärzte müssten vielmehr Menschen bei der Überwindung von Lebenskrisen unterstützen. Eine Änderung der gesetzlichen Situation in Österreich zum Thema Sterbe- und Suizidhilfe lehnt die ÖGPP, die bereits 2017 klar und ausführlich in einem eigenen Positionspapier vor Sterbe- und Suizidhilfe gewarnt hatte.

Wie die Fachgesellschaft bedauerte, fehle im Diskurs "psychiatrisch-psychotherapeutisches Verständnis für Menschen in Krisensituationen". Oft werde ausgeblendet, "dass der Wunsch zu sterben üblicherweise keine endgültige Entscheidung ist, sondern als Ausdruck von Angst und Ambivalenz in hohem Maße fluktuiert", so die ÖGPP. Mit Todeswünschen von Patienten seien Psychiater in ihrer täglichen Arbeit häufig konfrontiert. Sie könnten u.a. auch Ausdruck behandelbarer seelischer Erkrankungen wie Depressionen sein.

Kircheninterne Debatte

Auch wenn die kirchliche Linie zum Thema an sich klar ist - Kardinal Christoph Schönborn fasste sie in seiner "Heute"-Kolumne vom 11. September mit "Begleiten ja, töten nein" zusammen und warnte eindringlich vor dem Sterben als Geschäftszweig - so besteht innerhalb der einzelnen Verbände und Gremien durchaus Diskussionsbedarf, verdeutlichten ein Beitrag der Mitgliederzeitung "ehe & familien" (Ausgabe 3/2020) des Katholischen Familienverbands (KFÖ). Eva-Maria Kaiser, ORF-Journalistin und Vizepräsidentin des Katholischen Publizistenverbands, stellte dabei in den Raum: "Was, wenn jemand sein Ende selbst bestimmen möchte, angesichts einer unheilbaren Krankheit; weil man im Alter des Lebens überdrüssig ist?"

Dass die deutschen Verfassungsrichter heuer das Recht auf selbstbestimmtes Sterben "als Ausdruck der persönlichen Autonomie neu bewertet" hätten, halte sie für "schön formuliert" und als passend für eine "moderne säkulare Gesellschaft", befand die katholische Publizistin, denn "nicht jeder mag an einen obersten Hüter über Leben und Tod glauben". Dennoch hoffe sie mit Blick auf die in Deutschland gerade erst angelaufene Debatte um gesetzliche Neuregelung des assistierten Suizids wie auch in Österreich auf ein "enges Korsett", so Kaiser. Trotz aller Autonomie könne schließlich keiner das Geschäft mit dem Tod wollen.

In Summe waren die wenigen Kirchenstimmen, die sich in der erst gerade gestarteten Debatte bisher zu Wort meldeten, jedoch klar ablehnend gegenüber einer denkbaren Aufweichung des Suizidbeihilfe-Verbotes. Darunter auch die Bioethikerin Susanne Kummer, die eine präzise Unterscheidung zwischen dem Wunsch zu sterben und der Aufforderung "Töte mich!" einmahnte. Zwar gebe es ein "Recht auf Leben"

und auch ein Recht darauf, "dass Sterben nicht unnötig verlängert, sondern zugelassen wird", aber: "Es gibt kein Recht auf Tötung", so die Geschäftsführerin des IMABE-Instituts gegenüber der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag" (3. September). Töten sei "keine Therapieoption".

Website und Bioethik-Kongress

Noch ohne viel Aufsehen wurde im Sommer aus dem Kirchemfeld auf www.lebensende.at eine kompakte Übersicht zum Thema "In Würde sterben - Der Österreichische Konsens" zusammengestellt. Die Seite liefert Statements zahlreicher Expertinnen und Experten, Persönlichkeiten, Initiativen und Vereine, die sich klar für eine Beibehaltung des Österreichischen Konsens aussprechen. Kardinal Schönborn, Caritas-Präsident Michael Landau und der evangelische Bischof Michael Bünker finden sich unter der bereits längeren Liste von Testimonials ebenso wieder wie (Ex-)Politiker, Akteure des Hospizwesens, Spitzen von Ärztevertretungen sowie Ethiker und Philosophen. Eine inhaltliche Vertiefung der Debatte parallel zu den Beratungen des Verfassungsgerichtshofes wird am 9. und 10. Oktober mit den "Salzburger Bioethik Dialogen 2020" angestrebt. Im Salzburger Congress referieren u.a. der Medizinethiker Theo Boer, der frühere deutsche Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio, IMABE-Geschäftsführerin Susanne Kummer, MedUni Wien-Rektor Markus Müller, der Strafrechtler Kurt Schmoller, Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres, der Palliativmediziner Herbert Watzke und Veronika Mosich vom Hospiz Rennweg über "Modernes Sterben".

Dreimal mehr Suizide als Verkehrstote

Suizid ist die weltweit zehnthäufigste Todesursache, jährlich nehmen sich rund eine Million

Menschen das Leben. Laut WHO zählt der Suizid damit zu den größten Gesundheitsproblemen der Welt. Österreich liegt immer noch über dem EU-Durchschnitt. Im Jahr 2018 wurden mit 1.209 Suiziden fast dreimal so viele Suizide wie Verkehrstote (409) in Österreich verzeichnet, für 2019 liegen noch keine Zahlen vor. Bei den Unter-50-Jährigen ist Suizid die zweithäufigste Todesursache; insgesamt beträgt die Zahl der Suizide bei Männern mehr als das Dreifache jener von Frauen.

Ursachen für den Wunsch, eigenhändig und verfrüht aus dem Leben zu scheiden, sind laut WHO häufig schwere mentale Probleme wie Depressionen. Weitere individuelle Risikofaktoren sind Job- und Finanzprobleme. Aber auch ein allgemeines Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das Vorhandensein chronischer Schmerzen oder Krankheiten können den Anstoß zu der Entscheidung geben, sich das Leben zu nehmen. So beklagen in Italien Psychiater eine Suizidwelle im Zuge der Corona-Krise. Die Experten bemängeln, dass wegen des Lockdowns die Betreuung von psychisch kranken Menschen in vielen Fällen eingestellt worden sei, was erhebliche Probleme verursacht habe.

Laut Österreichischem Suizidbericht 2019 steigt die Suizidrate mit dem Alter an. Sie ist bei den 75- bis 79-Jährigen fast zweieinhalbmal, bei den 85- bis 89-Jährigen beinahe fünfmal so hoch wie jene der Durchschnittsbevölkerung. Mitspielen dürfte dabei, "dass Psychotherapie immer noch hauptsächlich als Angebot für jüngere Menschen angesehen wird", wie Peter Stippl, Präsident des Berufsverbands der Österreichischen Psychotherapeuten in den Salzburger Nachrichten (10. September) vermutete. Auf die Älteren werde hingegen vergessen, wodurch Altersdepressionen oft unentdeckt und unbehandelt blieben.

Spitzenbeamtin im Gesundheitsministerium zollt kfbö Hochachtung

Generalsekretärin Stilling bewundert im Kirchenzeitungs-Interview Engagement und Hartnäckigkeit beim Aufgreifen von Themen

11.09.2020 (KAP-ID) Ines Stilling, die seit Juni im Amt befindliche Generalsekretärin für Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Gesundheitsministerium, schätzt die Katholische Frauenbewegung sehr: Das Engagement der kfbö, "wie sie Themen aufgreift und zum Thema macht, und mit welcher Hartnäckigkeit", sei "bewundernswert", sagte die 44-jährige Politikerin. Fast

alle Religionen würden sich mit der Gleichstellung der Frauen "spießen", es gebe aber "überall sehr starke Frauenorganisationen". Trotz aller sonst auch aus der Wirtschaft bekannten Widerstände für Frauen zeige die kfbö einen "positiven Zugang und Motivation", die man sonst selten finde, lobte Stilling. Die aus Graz stammende Generalsekretärin äußerte sich in einem Interview

der Kirchenzeitungs-Kooperationsredaktion (9. September). Die studierte Juristin, die zunächst bei einem Handelsunternehmen Abteilungsleiterin war, dann bei der Arbeiterkammer Referentin für Mutterschutz und Kinderbetreuungsgeld sowie anschließend bei der Frauenministerin Expertin für Arbeitsmarkt und Vereinbarkeit, bekannte sich dabei als praktizierende Katholikin. Zwar hätte sie mit den patriarchal gewachsenen Strukturen der katholischen Kirche ihre "Haderpunkte" und hinterfrage ihre Zugehörigkeit immer wieder. Der Bezug zur Religion sei für sie dennoch unverzichtbar.

Die Auseinandersetzung mit Religion gebe eine Antwort auf "Fragen im Leben, die man für sich allein nicht wirklich lösen kann", argumentierte Stilling, die 2019 in der Übergangsregierung von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein Ministerin für Frauen, Familie und Jugend war und in ihrer nunmehrigen Funktion auf Stefan Wallner folgte. Wichtig war für die Generalsekretärin auch die Taufe ihrer Kinder: Sie sollten einen "Rahmen" mitbekommen und jene "weltweit

gut brauchbaren" Werte, für die die katholische Kirche stehe, nämlich: "Nächstenliebe, Toleranz, aufeinander Rücksicht nehmen und einander als Menschen wertschätzen, wie man ist". Wer in Österreich aufwachse und die Feiertage begehe, sollte sich zudem auch "einmal die Frage gestellt haben, was sie bedeuten", so die Politikerin.

Hinsichtlich ihrer nunmehrigen Aufgabe im Gesundheitsministerium erklärte Stilling, dass das derzeit weiter große Nichtwissen über das Coronavirus, die Impfungen und Behandlungen die "größte Herausforderung für alle" sei. Sie rechne zwar damit, "dass wir frühestens Anfang nächsten Jahres oder auch ein paar Monate später die Lage im Griff haben". Dennoch seien mit Blick auf denkbare weitere Pandemien Lernprozess erforderlich, etwa in Hinblick auf Formen eines Zusammenstehens und Ausgleichs der Weltgesellschaft. "Wir haben alle nichts davon, wenn es uns hier gut geht und dem Rest der Welt nicht. Die Pandemie wird uns noch lange beschäftigen", so die Generalsekretärin.

Papst Franziskus verrät die Ursprünge von "Laudato si"

Bei einem Treffen mit einer französischen Delegation im Vatikan verzichtet der Papst zuletzt auf eine vorgefertigte Rede und plaudert spontan aus dem Nähkästchen - Die Zuhörer erfahren ungewöhnliche Details über die Ursprünge der Enzyklika von "Laudato si" - Von Kathpress-Korrespondent Alexander Pitz

11.09.2020 (KAP-ID) Es kommt nicht selten vor, dass Papst Franziskus bei offiziellen Anlässen einfach sein Redemanuskript beiseitelegt und völlig frei spricht. So geschah es zuletzt vor einigen Tagen beim Besuch einer französischen Delegation im Vatikan. Zu der Expertengruppe gehörten unter anderen Erzbischof Eric de Moulins-Beaufort von Reims und Schauspielerin Juliette Binoche. Sie waren gekommen, um sich mit dem Franziskus über dessen Sozial- und Umweltenzyklika "Laudato si" von 2015 auszutauschen. Eine päpstliche Ansprache für die Audienz war vorbereitet. Sie skizzierte in kompakter Form die wesentlichen Inhalte des Lehrschreibens, das als theologischer Meilenstein gilt und nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Doch Franziskus liegt die Sorge um den Planeten derart am Herzen, dass er den Redetext kurzerhand "ans Archiv" schicken ließ. Stattdessen gewährte er seinen Zuhörern ungewöhnliche Einblicke in die Entstehung von "Laudato si".

"Ich will mit einem Stück Geschichte beginnen", sagte der Papst: "Im Jahr 2007 fand in Brasilien, in Aparecida, die Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats statt. Ich war in der Gruppe der Herausgeber des Schlussdokuments, und es gab Vorschläge in Sachen Amazonasgebiet. Ich sagte: 'Diese Brasilianer, wie sehr sie einem mit diesem Amazonien auf die Nerven gehen! Was hat das mit Evangelisierung zu tun?' Das war ich im Jahr 2007."

Aber dann habe er "einen Weg der Bekehrung, des Verstehens" eingeschlagen und das zugrundeliegende ökologische Problem erkannt. Schließlich sei die Umweltenzyklika herausgekommen. "Vorher habe ich gar nichts verstanden!", räumte Franziskus freimütig ein.

Eine Bitte von Segolene Royal

Und er plauderte weiter aus dem Nähkästchen: "Als ich nach Straßburg zur EU fuhr (November 2014), schickte Präsident Hollande die Umwelt-

ministerin Segolene Royal, um mich zu empfangen. Wir unterhielten uns am Flughafen... Zuerst nur ein wenig, weil das Programm drängte. Aber dann, am Ende, vor der Abreise, mussten wir eine Weile warten und redeten weiter. Und Frau Segolene Royal sagte mir Folgendes: 'Stimmt es, dass Sie etwas über Ökologie schreiben?' - 'C'etait vrai! - 'Bitte veröffentlichen Sie es vor dem Treffen in Paris!'"

Also habe er sein Team angerufen, das zu dieser Zeit mit dem Thema befasst gewesen sei - eine Gruppe Wissenschaftler, eine Gruppe von Theologen. "Ich rief dieses Team an und sagte: 'Das muss vor der Pariser Klimakonferenz herauskommen.' - 'Aber warum?' - 'Um Druck auszuüben.'"

Von Aparecida bis zu "Laudato si", sei es eine "innere Reise" gewesen, erläuterte der Papst. Im Zuge der Arbeiten an dem Lehrschreiben hätten zunächst einschlägige Experten für ihn den aktuellen Stand der Wissenschaft zusammengefasst. Der Auftrag lautete: "Sagen Sie mir die Dinge, die klar sind und die bewiesen sind. Keine Hypothesen, sondern die Realitäten, Fakten." Dann habe er Philosophen und Theologen kon-

taktiert: "Ich würde gerne eine Reflexion darüber anstellen. Arbeitet Ihr und redet dann mit mir darüber." Nach einer ersten Zuarbeit seien die weiteren Schritte vom ihm selbst koordiniert worden. "Und am Ende habe ich die Schlussredaktion vorgenommen. Das ist der Ursprung."

Das Resultat ist eine Enzyklika, die gute Chancen hat, als wichtigstes Schreiben des Franziskus-Pontifikats in die Geschichte einzugehen. Die Sorge um das "gemeinsame Haus", wie es im Untertitel heißt, beschäftigt beileibe nicht nur die katholische Kirche. Kaum eine bedeutende Organisation oder politische Kraft, die sich nicht der Worte des Papstes bedient, wenn es um Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz geht. Begriffe wie "ökologische Schuld" oder "Wegwerfkultur" sind in den allgemeinen Sprachschatz übergegangen. All das hat Franziskus den Ruf eines "grünen" Papstes beschert.

Doch was geschah mit der vorgefertigten Rede für die französische Delegation? "Sie können sie später lesen", sagte der Argentinier, als er seine Gäste verabschiedete. Er habe es "genossen", stattdessen frei zu sprechen. "Das erschien mir menschlicher."

Benedikt XVI. jetzt der wohl älteste (Ex-)Papst der Geschichte

Allerdings ist die Quellenlage zu den Geburtsdaten der Päpste in den ersten Jahrhunderten sehr unzuverlässig - Von Alexander Brüggemann

11.09.2020 (KAP-ID) Benedikt XVI./Joseph Ratzinger ist nun der wohl älteste (frühere) Papst der Geschichte. Mit 34.108 Lebenstagen und 93,4 Jahren überholt der Emeritus, der von 2005 bis 2013 amtierte, am 2. September Leo XIII., der 1903 nach 25 Amtsjahren starb.

Benedikt XVI. hatte im Februar 2013 in einem spektakulären Schritt als erster Papst seit Jahrhunderten auf sein Amt verzichtet. Seitdem lebt er als Altbischof von Rom, aber "Papa emeritus" genannt, in einem ehemaligen Kloster im Vatikan. Er trägt weiter weiße Gewänder - die nach der Tradition eigentlich allein dem Papst vorbehalten sind.

Einen einzigen gibt es, der bei maximaler Auslegung der vorhandenen Lebensdaten noch vor dem Bayern im Ruhestand läge; allerdings einen Gegenpapst: den Spanier Benedikt XIII. Eine der allesamt ungesicherten Zählungen lässt Pedro de Luna um 1328 geboren sein; vielleicht war es aber auch 1342/43. Seine Amtszeit als

Gegenpapst waren die Jahre 1394 bis 1417; "Papa Luna" starb 1423 im Exil in Peniscola im Königreich Aragon. Damit stünden für ihn maximal 94 oder 95, vielleicht aber auch nur 80 Jahre zu Buche.

Die Geschichte von "Papa Luna" ist kurios: Das Konzil von Pisa hatte 1409 die beiden päpstlichen Streithähne in Rom und in Avignon, Gregor XII. (Angelo Correr) und Benedikt XIII. (de Luna), für abgesetzt erklärt und wählte mit Alexander V. (1409-1410) einen neuen, unbelasteten Pontifex. Doch die beiden Delinquenten spielten nicht mit und beharrten auf ihr Amt - sodass die Kirche nun mit drei statt zwei Päpsten da stand.

Schwierige Quellenlage

Geht man noch weiter zurück, so wird die Quellenlage zu den Geburtsdaten der Päpste in den ersten Jahrhunderten sehr unzuverlässig; in vielen Fällen gibt es schlicht keine. So ist also zwar nicht ausgeschlossen, dass es einen älteren Papst

als Benedikt XVI. gegeben haben könnte. Doch war das zehnte Lebensjahrzehnt in Antike und Mittelalter die große Ausnahme.

Selbst Lucius III. (Ubaldo Allucingoli, um 1097/1110 bis November 1185) dürfte maximal 88 Jahre erreicht haben. Allerdings könnte - sag niemals nie - Coelestin III. (Giacinto Bobo, um 1105/06 bis Jänner 1198), mit schon rund 85 Jahren zum Papst gewählt (1191-1198), tatsächlich im 93. Lebensjahr gestanden haben.

Der "Fuchs von Cahors"

Zu den spannendsten Greisen auf dem Papstthron gehört Johannes XXII., ein gewiefter Politiker und Finanzgenie. Jacques Arnaud Dueze, geboren um 1244/45 oder 1249 als Sohn eines kleinen Handwerkers aus Cahors in der Grafschaft Toulouse, wurde zwar im Seniorenalter gewählt; doch er regierte noch über 18 Jahre (1316-1334), bis zum Tod mit 90 (oder 85) Jahren. Als vormaliger Bischof von Avignon (seit 1310) verlegte er den Sitz der Päpste dauerhaft dorthin.

Eigentlich kränklich und klein, agierte Johannes XXII. dennoch leidenschaftlich und enorm tatkräftig. Die päpstlichen Finanzinstrumente wie den Pfründen- und Ablasshandel baute er entschlossen aus. Sein Spitzname: "Fuchs von Cahors". Mit dem Franziskanerorden und Kaiser Ludwig dem Bayern stritt der Kirchenrechtler um die Frage der Armut Christi und damit die Rechtmäßigkeit weltlichen Besitzes der Kirche.

Sein Scharfsinn, seine Unhöflichkeit und Strenge, seine Vetternwirtschaft und seine institutionelle Raffgier - bei zugleich totaler persönlicher Anspruchslosigkeit - machten Johannes XXII. bei politischen Herrschern wie auch bei Kirchenvertretern verhasst. Gleichzeitig gab Johannes XXII. einen erklecklichen Teil der riesigen Einnahmen des Papstes an die Armen. In Avignon schaffte er dafür eigens das Almosenamts - das zuletzt unter Papst Franziskus wieder zu größerer Bedeutung gelangt ist. Aufzeichnungen belegen tägliche Mahlzeiten für die Armen und die Verteilung von Zehntausenden Laiben Brot pro Woche, von Kleidung und Arzneien.

Pius IX. mit längster Amtszeit

Nach dem "Fuchs von Cahors" wurde lange Zeit kein Papst mehr so alt, mit Ausnahme von Clemens XII. (Lorenzo Corsini, 1652-1740); er amtierte von 1730 bis 1740 und erreichte 87,8 Jahre. Die längste Amtszeit in fast zwei Jahrtausenden Papstgeschichte war mit 31 Jahren und 8 Monaten die von Pius IX. (1846-1878) - und die katholische Welt bekam das zu spüren. Seit dem Verlust des Kirchenstaates 1870 fühlte sich Pius IX. als "Gefangener im Vatikan".

Als Fels, als der er sich verstand, bewegte er sich auch nicht mehr und verurteilte alle modernen Geistesströmungen in Bausch und Bogen. Als er mit 85 Jahren und 9 Monaten starb, entschied man sich im Februar 1878 - vermeintlich - für einen "Papst des Übergangs". Einen, der nicht wieder über Jahrzehnte regiert. Schon im dritten Wahlgang herrschte Einigkeit für Vincenzo Giocchino Pecci, fast 68 Jahre alt und gesundheitlich nicht zum Besten gestellt.

Vom Übergangs- zum Langzeitpapst

Leo XIII. hatte einen vitalen Start, steuerte einen Kurs zur Öffnung gegenüber der modernen Welt und durchbrach die "Festungsmentalität" der Kirche. Als erstes Ziel formulierte er die Aussöhnung von Kirche und Kultur. Mit seiner Enzyklika "Rerum novarum" setzte er 1891 neue Maßstäbe in der kirchlichen Sozialverkündigung. Er öffnete die vatikanische Bibliothek und das Geheimarchiv für Forscher aller Konfessionen.

Und der "Übergangspapst" Leo XIII. hatte mehr als eine Überraschung parat: Er starb einfach nicht. Er regierte ein Vierteljahrhundert (1878-1903) - und ist mit seinen 34.107 Lebenstagen und 93,4 Jahren der älteste Papst der Geschichte, der im Amt starb. In seinen letzten Jahren gewannen mit den sogenannten Antimodernisten betont Konservative Einfluss auf den Greis; vieles wurde am Papst vorbei von der Kurie geregelt. Wohl auch um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, hat Benedikt XVI./Joseph Ratzinger im Februar 2013 den Weg des Amtsverzichts gewählt.

Die USA auf dem Weg in die gesellschaftliche Säkularisierung

"God's own Country" nähert sich in spirituellen Fragen immer mehr dem Rest der westlichen Welt - Vorbei sind die Zeiten, in denen fast alle US-Amerikaner sagten, sie glaubten an Gott - Im Wahlkampf aber bleibt Religion präsent - Von Thomas Spang

11.09.2020 (KAP-ID) Präsidentschaftskandidat Joe Biden rückt im US-Wahlkampf nahezu täglich seinen katholischen Glauben ins Zentrum seiner Identität. Amtsinhaber Donald Trump positioniert sich derweil als Beschützer des Christentums. Und wer die Parteitage von Demokraten und Republikanern mit ihren religiösen Gastrednern erlebte, durfte denken, es ginge bei den Wahlen am 3. November um den gottgefälligsten Kandidaten für das Weiße Haus.

Tatsächlich befindet sich die Religion auch in den USA auf dem Rückzug. Die Realität entspricht nicht mehr dem Klischee der gottesfürchtigen Nation, mit dem Trump und Biden noch immer Politik machen. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts PEW fühlt sich ein Viertel der US-Amerikaner heute keiner Religion mehr zugehörig. Unter den 20- bis 40-Jährigen und weißen Demokraten sogar ein Drittel.

Auf dem Weg in die Religionsferne

Für den Politologen Ronald F. Inglehart steht fest, die lange so fromme Supermacht USA befindet sich auf dem Weg in die Religionsferne. Der Wissenschaftler der University of Michigan prophezeit den USA kulturelle Veränderungen mit Folgen. Auf einer Skala von 1 ("überhaupt nicht wichtig") bis 10 ("sehr wichtig") antworteten vor etwas mehr als einer Dekade US-Amerikaner auf die Frage, wie wichtig ihnen Gott in ihrem Leben ist, im Schnitt noch mit einer Punktezahl von 8,2. Vor drei Jahren lag der Wert nur noch bei 4,6, schreibt Inglehart in seinem aktuellen Buch "Religion's Sudden Decline" (Der plötzliche Niedergang der Religion).

Dafür spricht auch das Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter 3.000 Amerikanern, die die Demoskopen von LifeWay Research durchgeführt haben. Demnach halten 52 Prozent der erwachsenen US-Amerikaner Jesus zwar für einen "großen Lehrer", nicht aber für Gottes Sohn.

Ein erstaunlicher Befund in einem Land, dem der englische Schriftsteller Gilbert Keith Chesterton einmal attestierte, die Nation habe die "Seele einer Kirche". Die Bedeutung der Religion in der Verfassung ist durch den Ersten Ver-

fassungszusatz so prominent wie in kaum einem anderen Land hervorgehoben. Sie erlaubt jedem einzelnen die Freiheit, nach unterschiedlichen Glaubensbekenntnissen zu leben - wozu auch der Nicht-Glaube zählt.

Lücken in den Kirchenbänken

Laut Pew nahm die Zahl bekennender Christen in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozent ab. Was auch in den Kirchenbänken Lücken reißt. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Atheisten, Agnostiker oder derjenigen, die sich als "nichts Bestimmtes" bezeichnen - den "Nones" - um 17 Prozent gewachsen. Sie stellen heute rund ein Viertel der erwachsenen US-Bevölkerung.

Vor allem Jüngere kehren Gott den Rücken. Betroffen sind sowohl Protestanten, die mit 43 Prozent unter den US-Christen die Mehrheit stellen, als auch die rund 20 Prozent Katholiken im Land. Zu den beiden großen Konfessionen bekannten sich noch vor zehn Jahren 51 beziehungsweise 23 Prozent.

Die Demokraten verzichten eher auf die religiöse Rhetorik als Republikaner. Donald Trump machte es in seiner Kandidatenrede zum Thema, dass der Treueschwur auf dem Nominierungsparteitag Bidens den Bezug auf Gott fallen ließ. Umgekehrt hieß der demokratische Kandidat die Unterstützung von rund 350 Glaubensführern verschiedener Religionsgemeinschaften vergangene Woche willkommen.

Tendenziell ist die Kirchenbindung unter republikanischen Wählern stärker. So zählt der wöchentliche Kirchenbesuch noch bei 54 Prozent der Anhänger der "Grand Old Party" zu ihrem Leben, während das nur noch auf 38 Prozent der Demokraten zutrifft.

Neue Suche nach Sinn

Einer der Gründe für den Abschied von immer mehr Amerikanern von Gott, Bibel und Glaube sind laut Inglehart die Sozialen Medien. Sie ermöglichten es den Menschen, Kontakt zu knüpfen ohne Kirche. Und: Sie verstärkten die kritische Haltung zu Kirchen, weil sie Skandale in den Reihen der Evangelikalen und Katholiken, etwa Missbrauchsskandale, in die Mitte der Gesell-

schaft rücken. Inglehart sieht dennoch Chancen für ein Comeback der Religion. Die Corona-Krise habe eine neue Suche nach Sinn beflügelt. Das

Bedürfnis nach Trost und Spiritualität könnte die Menschen wieder in die Kirchen bringen.

Slowakischer Erzbischof: Coronakrise prüft Glauben und Charakter

Konflikt um während Pandemie von Kirchenleitung verordnete Handkommunion schwelt weiter - Kaschauer Erzbischof Bober mit flammendem Einheitsappell - Von Wolfgang Bahr

11.09.2020 (KAP-ID) Die Handkommunion ist in Österreich und anderen Ländern seit Jahrzehnten gebräuchlich und als Frucht des Zweiten Vatikanischen Konzils weithin unumstritten. In der Slowakei hingegen sahen sich die katholischen Bischöfe bei Ausbruch der Corona-Krise gezwungen, die Handkommunion ohne jegliche Vorbereitung von einem Tag auf den anderen den Gläubigen zu verordnen. Dass der dadurch hervorgerufene Konflikt auch ein halbes Jahr danach weiter schwelt, zeigte sich nun bei einem Gottesdienst im Kaschauer Elisabethdom Anfang September. Erzbischof Bernard Bober nutzte die Feier zu einem flammenden Einheitsappell.

Da die übliche Chrisam-Messe am Gründonnerstag heuer wegen des Corona-Lockdowns nicht hatte stattfinden können, wählte Erzbischof Bober als Anlass für den Ersatztermin den 401. Todestag der 1995 heiliggesprochenen Kaschauer Märtyrer. Um seinen Worten besonderes Gewicht zu verleihen, lud er Josef Tomko, den derzeit einzigen Slowaken im Kardinalsrang, als Hauptzelebrieren ein. Der in Rom residierende mittlerweile 96-jährige Tomko, der beim bisher letzten Papstbesuch in der Slowakei 2003 Johannes Paul II. die Stimme geliehen hatte, beschränkte sich auf wenige, aber gezielte Worte an die anwesenden Priester, Diakone, Ordensschwestern und Gläubige. Er habe sich gefreut herzukommen, da er sehe, wie der Heilige Geist hier atme; bloß, dass wir ihn auch annehmen müssten. "Auch dieser Heilige Vater" (Franziskus) habe die Slowaken gern, und man sei ihm "dafür dankbar", so Tomko.

Erzbischof Bober knüpfte in seiner Predigt an das jüngste 400-Jahr-Gedenken für die "Kaschauer Märtyrer" Marek Krizin (1588/89-1619), Stefan Pongrac (1583-1619) und Melichar Grodecki (1584-1619) an, bei dem man noch im vergangenen Herbst die Treue der Märtyrer gefeiert habe. Schon ein halbes Jahr danach, verwies Bober auf die Coronakrise, habe man Gelegenheit bekommen, "die Entschlossenheit, die Treue und den Einsatz für Christus und die

Kirche" unter Beweis zu stellen - in einer Form allerdings, "die man nie erwartet hätte".

In der Vergangenheit sei man an "Glaubensprüfungen durch Verfolgung von außen" gewohnt gewesen. Jetzt aber habe es den Anschein, als würde sich die Weissagung Jesu erfüllen, es würden in schweren Zeiten "viele falsche Propheten aufstehen und viele irreführen", sagte der Kaschauer Erzbischof hinsichtlich mancher Proteste gegen die kirchlichen Coronaschutzmaßnahmen und unter Verweis auf eine entsprechende Bibelstelle aus dem Matthäusevangelium (Mt 24,11). Die Pandemie habe das Auftreten etlicher solcher falschen Propheten mit sich gebracht; im Internet seien "viele rechtgläubige und kompromisslose Kommentare sowie Aufrufe zum Ungehorsam gegenüber den Maßnahmen" verbreitet worden, erinnerte Bober.

Glaubens- und Charakterprüfung

Wenn aber die Liebe einfriere, werde die "Situation für die Kirche schlimmer als die Verfolgung selbst". Freilich wäre es "einfacher, alles einem konkreten Feind zuzuschreiben und zu sagen, die ganze Situation rund um die Pandemie" sei ein "Angriff des Teufels auf die Kirche und die Eucharistie". Dieser habe seine "Krallen" und verstehe es, "böswillig die Dinge jederzeit durcheinanderzubringen"; aber man könne sich "nicht nur auf den Teufel ausreden", denn die "Gründe der Uneinigkeit, der Unruhe und des Zerwürfnisses" lägen oft in uns selbst. Die gegenwärtigen Zeiten seien also "nicht bloß eine Prüfung des Glaubens, sondern auch des Charakters, der Einheit untereinander und gegenüber unseren Vorgesetzten", so der Metropolit der Ostslowakischen Kirchenprovinz.

Die pastorale und liturgische Praxis sei "gewissermaßen erschüttert" worden und manches "müsse jetzt anders gemacht werden, als wir es bisher gewohnt waren". Aber man solle sich "doch nicht von dem Häuflein derjenigen verunsichern und anekeln lassen, die absichtlich die Verfügungen und Empfehlungen missachten, die

wir im Rahmen der Bischofskonferenz als verbindlich für alle Diözesen in der Slowakei herausgegeben haben", rief Erzbischof Bober auf.

So sollten sich Priester etwa gegen die Behauptung verwahren, der Empfang der Eucharistie in die Hand sei "ein Ausdruck geringen Glaubens oder gar der Geringschätzung". Auch die Mundkommunion könne schließlich unwürdig empfangen werden. Er betone dies deswegen, weil "gerade dieses Thema das tragende Konstrukt bei den krankhaften Überlegungen" sei, "dass gerade die Bischöfe die Ursache für die Schwächung und Erhaltung des Glaubens sind, wenn sie in der Pandemie die Gläubigen bevorzugt zur Handkommunion aufrufen". Alle möglichen und unmöglichen Ursachen würden erörtert, "nur um zuletzt den Erzfeind zu finden und zu benennen, der uns verfolgt und unseren Glauben vernichten möchte". Ein "verhärtetes Herz, ein verhärteter Kopf" könne auch "eine ganze Pfarrgemeinde verhärten".

Bober erinnerte noch einmal an die Anrufe des damaligen slowakischen Ministerpräsident Peter Pellegrini und des staatlichen Hygienchefs Jan Mikas, die die Bischöfe im März beschworen hatten, die Maßnahmen des Corona-Lockdowns unverzüglich mitzutragen. Auch die drei Kaschauer Märtyrer seien vor eine un-

aufschiebbare Entscheidung gestellt worden, zog er eine Parallel zum Schicksal der Heiligen, die 1619 während eines Aufstands gegen die habsburgische Herrschaft gefoltert und ermordet worden waren. Die Märtyrer hätten damals gemeinsam darauf verzichtet, die Stadt zu verlassen und der Verfolgung vonseiten der nahenden Rebellen und Feinde der katholischen Kirche zu entgehen, so Bober. Nicht Starrsinn und Unnachgiebigkeit, sondern ihr starker Glaube und die Einheit untereinander und gegenüber ihren Vorgesetzten hätten sie schließlich "zur Ehre der Altäre erhoben".

So sollten die Priester auch in der aktuellen Situation zusammenhalten und sich füreinander Zeit nehmen. Wenn sie sehen, dass ein Mitbruder "starrsinnig einen eigenen Weg geht und eine eigene Vorstellung vom Sakrament hat", sollten sie ihn ermahnen, und wenn ihnen etwas unklar sei, sollten sie es "mit ihrem Dechanten oder direkt dem Bischof diskutieren". Sie sollten "für die Priester beten und sich täglich dem Unbefleckten Herzen der Jungfrau Maria weihen, um treue Zeugen Jesu Christi zu werden", so Erzbischof Bernard Bober abschließend: "Möge uns die Muttergottes helfen, damit auch in schweren Zeiten und widrigen Umständen nicht die Liebe erkalte."

Tschechien: Kontroverse zwischen Bischof und TV-Kirchengesandter

Ökonomin Lipovska hatte in Interview Tschechiens EU-Austritt gefordert und EU-Gründungsväter infrage gestellt - Für Wirtschaftsfragen zuständiger Bischof Holub spricht von "absurder" Äußerung

11.09.2020 (KAP-ID) Bischof Tomas Holub, der Vorsitzende der Kommission für Wirtschaft und Rechtsangelegenheiten in der Tschechischen Bischofskonferenz, hat sich via Twitter von Äußerungen der Vertreterin der Kirche im Rat des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, Hana Lipovska, distanziert. In einem Interview mit dem Wirtschafts-Wochenblatt "Hrot" hatte sich die erst seit wenigen Monaten amtierende Ökonomin für einen Austritt der Tschechischen Republik aus der Europäischen Union ausgesprochen und abwertende Worte über deren Gründungsväter gefunden. Es sei "völlig absurd", so der Bischof von Pilzen und frühere Generalsekretär der Bischofskonferenz, den dabei mitgemeinten Robert Schuman, für den ein Seligsprechungsverfahren laufe, "einer elitären Haltung der Menschenverachtung" zu bezichtigen.

In dem Interview hatte die knapp 30-jährige Assistentin an der Brünner Masaryk-Universität erklärt, wenn man schaue, auf welchen Ideen die EU errichtet wurde, so sei dies "der Marxismus". Die Gründerväter seien "niemals für den freien Markt eingetreten, und was noch ärger" sei, hätten sie auch kein Verständnis für den "Arbeiter" gehabt. Diese Leute hätten "in ihrem elitären Dasein den Menschen verachtet" und sich dabei eingebildet "für die Leute zu arbeiten". Diese "Idealisten, die stark von der Marx'schen Lehre beeinflusst" gewesen seien, hätten "das Pilzgeflecht für die transnationalen Firmen bereitet".

Das Problem dabei seien nicht die gesunden, sondern "die angefaulten Firmen, die zu ihrem Schutz starke Regierungen brauchen". Diese Firmen hätten sich in der EU eine internationale Regierung gefügig gemacht; "an Stelle eines

Kapitalismus, der ihnen nicht entgegenkommt", bewegten sie sich "in Richtung eines Sozialismus, den sie brauchen". Dank ihres geschickten Lobbing verankerten sie "in der Wirtschaft als Hauptkriterium ihre Unfähigkeit" und begannen damit, "die Lebensgrundlage der Kleinen, Anständigen und Arbeitsamen zu liquidieren".

Die Union, in der man heute stecke, sei nicht mehr dieselbe wie beim Beitritt der Tschechischen Republik im Jahr 2004. Die seinerzeitigen Anhänger des Beitritts stellten heute fest, dass dieser "Rückständigkeit, Verlust der Freiheit und Erniedrigung bedeute". Deutschland und Frankreich bestimmten, was zu geschehen habe, und Ministerpräsident Andrej Babis fahre nach Brüssel "um sich zu entschuldigen, weil er nicht den Troublemaker geben möchte". Tschechien sitze "nicht am Volant, ja nicht einmal auf dem Rücksitz, sondern in einem Anhänger hinter dem Auto". Man habe "alles verloren, was wir nach der Revolution von 1989 scheinbar gewonnen haben".

Czexit mit Hilfe Österreichs

Solange die EU "Zusammenarbeit und Markt durch zentrale Planung ersetzt", werde Europa "nie funktionieren", so die tschechische Starökonomin. Da sie nicht an eine Reformierbarkeit glaube, müsse spätestens die 2021 zu wählende neue Regierung ein Referendum über den Austritt aus der EU abhalten. Wenn sie selber die Wirtschaftspolitik Tschechiens beim Czexit beeinflussen könnte, so plädiere sie "für eine enge Abstimmung mit der Slowakei, Österreich, Polen und Ungarn, möglicherweise auch mit einem Teil des Nordbalkans und Bayerns".

Der Prager Erzbischof und Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz, Kardinal Dominik Duka, hatte die Entsendung Hana Lipovskas in den Rat von CT zu Jahresbeginn damit begründet, dass sie "zu den sehr begabten Ökonomen gehört, die in die Gesellschaft hineinwirken und eine große Gabe haben, auch wirtschaftliche Probleme zu erklären". Man habe sie auch ausgewählt, weil sie durch die geistliche Schule eines Priesters gegangen sei, der "sehr offen, begabt und glaubwürdig war und einen großen Teil seines Lebens in der Emigration verbracht hatte, und zwar unter den Elendsten bei den bolivianischen Indianern". Ein "Ostrakismos von Leuten, die in der Kirche eine präzise auch politische

Ausrichtung und eigene ökonomische Ansichten haben", sei "nicht ganz demokratisch".

Die mediale Kritik im Vorfeld der Kandidatur Lipovskas bezog sich vor allem auf ihre Nähe zur "Burg", konkret zu Jiri Ovcacek, dem Sprecher des derzeitigen Präsidenten Milos Zeman, sowie zu dessen Amtsvorgänger Vaclav Klaus. Zu beiden Staatsoberhäuptern unterhält Kardinal Duka nicht immer ungetrübte, aber mehr als korrekte Beziehungen. Klaus war im Jahr 2015 in seiner damaligen Eigenschaft als Professor an der Wirtschaftshochschule in Prag vom Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften an der Brünner Masaryk-Universität eingeladen worden, Lipovskas Dissertation als Opponent zu beurteilen.

In der Folge erhielt die junge Wissenschaftlerin vom Prager Vaclav-Klaus-Institut eine Einladung zur externen Mitarbeit. Vorgehalten wurden Lipovska auch Vorbehalte gegenüber der Sinnhaftigkeit öffentlich-rechtlicher Medien; eine Gruppe von Abgeordneten des Senats forderte mit einem offenen Brief am 31. Jänner die Bischofskonferenz auf, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Auch die Leitung der Christlichen Akademie kritisierte die Nominierung. Am 27. Mai wurde die Entsendung Lipovskas vom Abgeordnetenhaus des Parlaments mit 114 von 193 möglichen Stimmen gebilligt.

Im Interview mit "Hrot" (Die Spitze) versicherte Lipovska, sich als Mitglied des Fernsehrats ausschließlich am eigenen Gewissen und an den gesetzlichen Vorgaben zu orientieren. Als christliche Ökonomin kritisiere sie "selbstverständlich Leihmutterchaft, den Druck auf Legalisierung gleichgeschlechtlicher Verbindungen sowie die Euthanasie". Sie sei aber überzeugt, "dass es in der Kirche unterschiedliche Meinungsströme geben muss" und man sich "der Enthüllung der Wahrheit in der klassischen Diskussion, in der Disputation annähert".

In diese Richtung ziele wohl auch Papst Franziskus. Zu der von ihm geplanten, infolge der Corona-Krise auf den 21. November verschobenen Tagung in Assisi über die "Wirtschaft des Franziskus", zu der sie von der Tschechischen Bischofskonferenz entsandt worden sei, habe Franziskus "keinesfalls nur Wirtschaftsexperten oder Kleriker mit den gleichen Ansichten eingeladen, sondern ein buntes Muster junger Ökonomen und Unternehmer der unterschiedlichsten Mili-eus".

Bin ich getauft?

Ein amerikanischer Priester soll die Debatte um die Taufformel losgetreten haben - Reaktionen in "Die Furche" und der Linzer Kirchenzeitung

11.09.2020 (KAP-ID) Schuld an allem ist ein Priester der Erzdiözese Detroit: Matthew Hood. Durch ein Familienvideo stellte Pater Hood zu Beginn der Coronakrise fest, dass er mit den Worten "We baptize you" (dt.: "Wir taufen dich") statt "I baptize you" (dt.: "Ich taufe dich") getauft wurde. Danach kamen Anfragen bei früheren Lehrern am Seminar und Kirchenrechtlern der Diözese und schließlich bei der Glaubenskongregation. Das Resultat soll die jüngste klärende Note der Römischen Glaubenskongregation sein, die Anfang August feststellte, dass die Taufformel der katholischen Kirche vom Taufspender nicht verändert werden darf, sonst wird sie ungültig.

Die Geschichte von Pater Hood, dem wegen "We baptize you" nun erneut Taufe, Firmung, Diakonen- und Priesterweihe gespendet wurden, berichten auch der Chefredakteur der Linzer Kirchenzeitung, Heinz Niederleitner und der deutsche Liturge Clemens Leonhard. Letzterer schrieb in "Die Furche" (Ausgabe 3. September) von einer "plausiblen Insiderinformation".

Nach der Entscheidung der Glaubenskongregation kam die Lawine, dann laut dieser Ansicht seien auch die Eucharistiefeiern des Priesters und jede Sündenlosprechung ungültig, Taufen gelten als gültig, die Trauungen werden von der Diözese Detroit nun einzeln geprüft. Die Diözese publizierte laut Leonhard gar eine lange Liste von FAQs für Betroffene.

"Die Entscheidung der Glaubenskongregation ist erstaunlich", schrieb Leonhard in der Wochenzeitung "Die Furche". Denn bei der Feier der Liturgie "kommt es eben auf Faktoren des Kontextes und nicht auf die präzise Rezitation einzelner Worte an", meinte der Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster.

Als Begründung nannte die Kongregation, dass der Taufspender nicht im eigenen Namen handelt, sondern im Namen von Jesus Christus - daher "Ich taufe" und nicht "Wir taufen". Jesus sei der eigentliche Taufspender, daher machen Änderungen "in schwerwiegendsten Fällen das Sakrament selbst ungültig, weil das Wesen der sakramentalen Handlung das treue Weitergeben des vom Herrn Empfangenen verlangt", heißt es in der Note.

Fragwürdig sei diese Argumentation laut Leonhard angesichts der ostkirchlichen Taufpraxis von "N. wird getauft" und der altkirchlichen Taufpraxis, bei der Christen auf das Glaubensbekenntnis mit "Ich glaube" antworteten. Erst mit der Säuglingstaufe gewannen die Taufformeln der Westkirche Plausibilität. Nach der Entscheidung der Kongregation und der Praxis der Erzdiözese Detroit gebe es in der antiken Kirche nur ungültige "Taufversuche"; fernen dürfte es auch keine gültig ordinierten Amtsträger gegeben haben, so die Schlussfolgerung von Leonhard.

Ein Sakrament fühlen?

"Man kann nicht wissen, ob Änderungen und wenn ja, welche Sorte von Änderungen die Wirkungen gefährden", stellte Leonhard klar. Zudem hätte es gereicht, das Ändern von liturgischen Texten zu tadeln. "We don't always feel the effects of the sacraments ..." (dt. Wir fühlen nicht immer die Wirkung der Sakramente) zitierte dazu der Liturge Leonhard Father Hood. Ob ein Sakrament wie eine Taufe wirkt oder nicht, könne man weder fühlen noch messen, so der deutsche Liturgiewissenschaftler.

Das Verhalten der amerikanischen Diözese und der Kongregation zeige die "große Unsicherheit und Angst, die kirchliche Amtsträger im Umgang mit der Antwort auf die Frage, wie Sakramente wirken, den Mitgliedern der katholischen Kirche aufzuerlegen versuchen", so das Fazit des Professors für Liturgiewissenschaft in Münster. Was bleibe seien die Ängste: Von Rom "vor den Vorstehern von Liturgien", die versuchten, Texte an pastorale Situation anzupassen, andererseits die allgemeine Angst vor den Fehlern und deren unklaren Konsequenzen. "Drittens bleibt die Angst vor dem menschlichen Kontrollverlust über die Gnade Gottes. Die letztere könnte lehrreich sein."

Der oberösterreichische Journalist Niederleitner geht noch weiter: "Angesichts dieses Durcheinanders ist zu fragen, ob Rom und Detroit keine anderen Probleme haben, als Menschen zu verunsichern."

Hongkongs Kirche im Zwiespalt

Kirchenvertreter sind in ihrer Haltung zu China und dem umstrittenen Sicherheitsgesetz gespalten - Von Michael Lenz

11.09.2020 (KAP-ID) Statt zu einem Fest der Demokratie wurde der 6. September zum Fanal der chinesischen Unterdrückung in Hongkong. Mit brutaler Gewalt ging die Polizei gegen Tausende Hongkonger vor, die gegen die Verschiebung der ursprünglich für diesen Tag angesetzten Parlamentswahl und gegen das von China aufgezwungene Sicherheitsgesetz demonstrierten.

Um ein Jahr hatte Hongkongs katholische Regierungschefin Carrie Lam Ende Juli die Parlamentswahl in der Sonderverwaltungszone verschoben. "Wegen Corona" lautete die offizielle Begründung für die mit dem Segen Chinas getroffene Entscheidung. Doch Kritiker sind sich sicher: Corona war nur ein Vorwand für die Absage einer Wahl, die nach den Massendemonstrationen für Demokratie wohl desaströs für die china-treuen Parteien ausgefallen wäre.

Indikatoren für die Stimmung in Hongkong waren die Bezirkswahlen Ende November 2019, bei denen die demokratische Opposition einen Erdrutschsieg einfuhr, sowie die Rekordbeteiligung bei den inoffiziellen Vorwahlen der demokratischen Opposition Mitte Juli. Viele Demokratieaktivisten und Oppositionspolitiker wurden seitdem verhaftet, darunter der Katholik Jimmy Lai, Herausgeber der regierungskritischen Zeitung "Apple Daily", sowie die ebenfalls katholische Agnes Chow, eine der führenden Persönlichkeiten innerhalb der Demokratiebewegung.

Mit etwa 500.000 Gläubigen sind Christen in der Sieben-Millionenstadt zwar eine Minderheitsreligion, aber Katholiken und Protestanten sind stark in der Demokratiebewegung vertreten. Nicht zuletzt, weil sie durch einen immer stärker werdenden Einflusses Chinas in Hongkong eine Unterdrückung der Religionsfreiheit nach dem Muster der Volksrepublik China fürchten.

Ein Hirtenbrief des Kardinals

Wie berechtigt diese Furcht ist, zeigten zuletzt Maßnahmen der katholischen Diözese Hongkong und der Behörden gegen die Unterstützer der Demokratiebewegung. In einem Rundschreiben wies die Diözese die katholischen Schulen an, im Lehrplan für eine "angemessene Anerkennung des Gesetzes über die nationale Sicherheit" zu sorgen. Anfang September forderte der Ad-

ministrator der Diözese, Kardinal John Tong Hon, in einem Hirtenbrief die Priester zum Verzicht auf alles auf, was "Hass" oder "soziale Unruhen" verursachen könnte und "dem christlichen Geist widerspricht". In dieser "kritischen Zeit" würden die Gläubigen von den Priestern lieber "tröstende, konstruktive und ermutigende Worte der Priester hören", zitierte der asiatische katholische Nachrichtendienst Ucanews aus dem Hirtenbrief des Kardinals.

Ebenfalls Anfang September verbot die Gefängnisverwaltung von Hongkong dem china-kritischen Kardinal Joseph Zen seine jährliche Spende von Mondkuchen zum Mondfest an Strafgefangene. Es handle sich um eine "politisch motivierte" Aktion, so die Begründung. Der emeritierte Kardinal, ein wortgewaltiger und unerschrockener Unterstützer der Demokratiebewegung, wies in seinem Blog die Vorwürfe zurück. Mit seiner Spende verfolge er keine politischen Absichten. Vielmehr wolle er den Gefangenen zeigen, dass die Menschen sie nicht vergessen hätten, so Zen.

"Herr, befreie Dein Volk"

Eine andere Geschichte aus Hongkong zeigt jedoch, dass sich viele katholische Laien weder von China noch von der Leitung der Diözese von ihrem Bekenntnis zur Demokratie abbringen lassen. Ende August wurde der Bischofskommission für Frieden und Gerechtigkeit eine Crowdfundingkampagne verboten: Auf diesem Weg sollte eine Anzeige mit einem Gebet für Hongkong in "Apple Daily" finanziert werden. Die Anzeige aber erschien trotzdem, und zwar genau an dem Sonntag, an dem eigentlich die Parlamentswahl hätte stattfinden sollen. "Herr, befreie Dein Volk von Unterdrückung und Sklaverei", hieß es dem Gebet.

Diese Beispiele machen die Spaltung der Katholiken in Hongkong deutlich. "Es ist unklar, ob er (Kardinal Tong) aus Angst oder auf Druck der Behörden oder aktiv in Absprache mit dem Regime die Kirche schützen will. Es ist aber klar, dass er für die Kommunistische Partei Chinas die schmutzige Arbeit bei der Unterdrückung von Dissens erledigt. Das ist nicht mein Verständnis der Rolle der Kirche", schrieb Benedict Rogers,

Vorsitzender der chinakritischen Organisation "Hong Kong Watch", zuletzt in einem Kommentar für Ucanews.

Zwischen Appeasement und Widerstand

Der Konflikt wird auf der Führungsebene der Diözese durch Kardinal Tong auf der einen und den chinakritischen, die Demokratiebewegung unterstützenden Weihbischof Joseph Ha personifiziert. Viele Katholiken würden sich Weihbischof Ha als Nachfolger des im Jänner 2019 verstorbenen Bischofs Michael Yeung wünschen. Rogers vermutet jedoch, dass Rom "aus Angst vor einer Verärgerung Pekings" den Franziskaner Ha schon von der Nachfolge ausgeschlossen habe.

Nicht nur die Katholiken sind gespalten. Auch Hongkongs anglikanischer Erzbischof Paul Kwong hat wiederholt das Sicherheitsgesetz unterstützt, Demokratieaktivisten angewiesen, den Mund zu halten sowie anglikanische Bischöfe der

ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien aufgefordert, das Sicherheitsgesetz nicht zu kritisieren.

Kung Lap-Yan sieht vor allem die katholische Amtskirche in dem Dilemma zwischen Appeasement und Widerstand. Der Theologieprofessor von der Chinesischen Universität Hongkong fühlt sich an die Zeit nach 2014 erinnert, als vor allem junge Christen massenhaft den protestantischen Kirchen den Rücken kehrten, weil deren Führung nicht die pro-demokratische Regenschirmbewegung unterstützt hatte. "Die Führungen der Kirchen wollten damals China nicht verärgern", sagte Kung der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die katholische Kirche sei heute in einer vergleichbaren Situation. "Die Kirchenführer sollten von den Laien lernen und ihnen zuhören. Tun sie das nicht, werden viele die Kirchen verlassen."

Der Kampf eines afrikanischen Kardinals um Frieden

Der Erzbischof von Bangui in der Zentralafrikanischen Republik predigt unermüdlich Frieden in einem vom Krieg heimgesuchten Land - Sein Mut macht Dieudonne Nzapalainga zu einem der meistgehörten Männer in der Region - Von Laurence Desjoyaux ("La Vie") und Alexander Brüggemann

17.07.2020 (KAP-ID) Im Buschdorf Nana-Bakassa feiert Kardinal Dieudonne Nzapalainga eine Messe unter der bereits hoch stehenden Sonne. Vor dem Altar, der unter einer einfachen Plane aufgestellt ist, spricht er Zuhörer an, die von einer Gruppe von Anti-Balaka-Milizionären als Geiseln genommen wurden. Und er weiß, dass sich auch junge Milizsoldaten unter das Publikum gemischt haben. "Gerechtigkeit wird langsam geschehen, aber sie wird geschehen", sagt Nzapalainga. "Früher waren sie Bauern, dann haben sie zu den Waffen gegriffen und nennen sich jetzt Oberst oder General. Aber Vorsicht - im Gefängnis in Bangui habe ich viele Generäle gesehen!"

In seiner Predigt mahnt der Erzbischof aus der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik zum Frieden: "Wir beten zum Vater und sagen: 'Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.' Aber wir, die wir einen Elternteil oder unser Haus in dieser Krise verloren haben: Sind wir bereit, dem Anderen zu vergeben?", fragt er und öffnet seine Arme weit. "Entwaffne dein Herz, und du wirst Frieden haben!" Nach dem Gottesdienst erklärt er dann:

"Unter den Zuhörern sind auch einige an einem Scheideweg. Ich versuche sie zu erreichen, ich sage ihnen: Es ist dein Tag der Befreiung!"

Der 53-jährige Kardinal ist auf Pastoralbesuch in der Diözese Bossangoa im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik. Die Region wurde durch jahrelange Konflikte erschüttert. Im März 2013 marschierten Rebellen der Seleka-Koalition auf die Hauptstadt Bangui. Nachdem sie die Macht übernommen hatten, kehrten sie zurück, um sich in der Präfektur Ouham niederzulassen. Die Gruppe, zumeist Muslime, brachte jene zum Schweigen, die sich nicht beugten.

Als Reaktion wurden Selbstverteidigungsmilizen gebildet, die sogenannten Anti-Balaka. "Darüber hat es Verwirrung gegeben. Die Seleka wurden mit Muslimen und die Anti-Balaka mit Nicht-Muslimen, Christen und Animisten gleichgesetzt", erklärt Bischof Nestor Nongo. Die Fixierung auf die Religion in einem vor allem politischen Konflikt verselbstständigte sich. Das Eingreifen der französischen Streitkräfte verhinderte ein noch größeres Blutbad.

Den ganzen Nachmittag sitzt Kardinal Nzapalainga im Schatten der großen Bäume neben der heruntergekommenen Kirche von Nana-Bakassa und bringt abwechselnd christliche Religionsführer zusammen. Muslime haben seit 2014 keinen Fuß mehr in die Stadt gesetzt. Auch die Blauhelme der Minusca kamen nicht hierher.

"Hier gibt es keinen Staat mehr", sagt der Abgeordnete des Bezirks. "Nur die Kirche arbeitet für das Volk. Sie sind unsere Stimme bei der Regierung." Bei Einbruch der Dunkelheit macht Kardinal Nzapalainga seine Notizen im Licht einer Taschenlampe. Er wurde im Sommer operiert und sollte sich erholen - doch er arbeitet hart.

Auf einmal platzt der örtliche Brigadekommandant heraus. Seit 2013 und dem Beginn der Krise ist er der einzige Polizist hier, unbewaffnet. Manchmal braucht es zwei Stunden, bis er ein Telefonnetz bekommt. "Ich halte es nicht mehr aus. Ich glaube, ich höre auf", stöhnt er, den Tränen nahe. "Du bist ein Held", antwortet der Kardinal. "Wenn wir aufgeben - wer wird dann kommen?"

Feinde an einem Tisch

Am nächsten Tag in Kouki, auf der anderen Seite einer unsichtbaren Grenze. Das Dorf ist eine Festung der Seleka. Der Ruf des Kardinals und sein Charisma haben es möglich gemacht, hier zwei gegnerische Anführer an den Tisch zu bringen. Der schlanke "General" Alabib (49) gekleidet in ein bodenlanges beiges Gewand, kommandiert die lokale Seleka. Der 20 Jahre jüngere Stanislas Badjima führt 450 Anti-Balaka an.

"Das ist das erste Mal seit zwei Jahren, dass wir im selben Raum sind", sagt Badjima. Und Kardinal Nzapalainga bringt es auf den Punkt: "Ihr sagt, ihr wollt Frieden und habt 2017 ein Abkommen unterzeichnet. Aber was habt ihr damit gemacht? Die Bewegungsfreiheit muss von beiden Seiten akzeptiert werden!" Die Männer heben die Hände, als hätte der Kardinal sie befreit durch eine simple Wahrheit.

Wie er seine Worte in diesen Zeiten wählt? "Ich bete", antwortet er schlicht. "Wir kommen nicht mit der Diplomatentasche und einem vorgeschriebenen Text an." Man müsse sich Zeit nehmen; zur Wurzel vordringen, mit allen sprechen, selbst mit den schlimmsten Kämpfern. Die Menschen hätten dann ihr eigenes Genie, um Lösungen zu finden.

Dieudonne Nzapalainga wurde am 14. März 1967 in einem armen Bezirk von Bangassou

im Süden der Zentralafrikanischen Republik als fünftes von zehn Kindern geboren. Seine Strenge und manchmal eine gewisse Härte kommen von seinem Vater, der weder lesen noch schreiben konnte und seine Kinder zum Lernen drängte. "Selbst wenn wir kein Essen hatten, kaufte er das Öl für die Lampe, damit wir abends arbeiten konnten. Darauf legte er größten Wert", erzählt er.

Ab dem zweiten Jahr finanziert Dieudonne sein Studium als Koch oder Mechaniker. 1993 tritt er in den Spiritanerorden ein, wird zum Studium nach Frankreich geschickt und 1998 zum Priester geweiht. Bis 2005 ist er als Seelsorger in der Pariser Vorstadt und in Marseille, arbeitet mit schwierigen Jugendlichen; dann übernimmt er - als erster Einheimischer - die Regionalleitung seines Ordens in Bangui.

Inmitten einer schweren Krise um finanzielle Unregelmäßigkeiten überträgt ihm Papst Benedikt XVI. 2009 die Leitung der Hauptstadt-erzdiözese Bangui, zunächst als Apostolischer Administrator (päpstlicher Verwalter). Beim Weltklerus stößt der Ordensmann als Chef zunächst auf Ablehnung; doch er überzeugt. 2012 erhält er die Bischofsweihe.

Bewährungsprobe im Bürgerkrieg

Und schon bald schlägt eine noch größere Bewährungsprobe: Rebellenangriffe, Bürgerkrieg. Gemeinsam mit dem Präsidenten des zentralafrikanischen Islamrates, Imam Omar Kobine Layama, und dem Leiter der Evangelischen Allianz Nicolas Geurekoyame-Gbangou erteilt der neue Erzbischof im Dezember 2012 dem Anstrich eines Religionskonflikts eine klare Absage. In ihrer Erklärung heißt es: "Wir erfahren, dass Männer aus religiösen Gründen angegriffen werden. Wir Religionsführer sagen Nein! Lassen Sie niemanden sagen, dass dies ein religiöser Krieg sei."

Heute betont Hadja Asta Moussa, Präsidentin der Nationalen Vereinigung muslimischer Frauen: "Zum Glück sind die Religionsführer damals früh aufgestanden; sonst hätte es einen Völkermord gegeben." 2015 erhielten Nzapalainga und der Imam für ihre entschlossene Friedensallianz in den abwechselnden Phasen des Bürgerkriegs den Aachener Friedenspreis.

Am 24. März 2013 stößt die Seleka-Koalition auf Bangui vor. "Am Palmsonntag in einem Land mit christlicher Mehrheit! Sie haben es gewagt!", schimpft Nzapalainga. Tags zuvor war ein ehemaliger Minister zu ihm gekommen, um ihm

die Flucht mit einer Piroge in die Demokratische Republik Kongo anzubieten. "Es ist nicht weit - direkt über den Fluss." Und er zeigt von seiner Terrasse hinüber. "Ich antwortete ihm: Ich habe mich entschieden, Bischof zu werden, und ich werde meine Gläubigen nicht im Stich lassen. Ich bin bereit, hier zu sterben."

Am 25. März stehen Rebellen vor seiner Tür, 25 Männer, bis an die Zähne bewaffnet. Doch er sagt zu ihnen: "Hier ist das Haus Gottes, ich möchte nicht, dass Blut fließt. Jetzt bitte ich euch zu gehen." Mehrfach hat Nzapalainga in diesen Monaten eine Waffe an seinem Kopf. Doch in einem so religiösen Land wie der Zentralafrikanischen Republik hat ein Mann Gottes manchmal mehr Macht als ein Kriegsherr.

Als ein Kämpfer, von dem er die Rückgabe zweier gestohlener Caritas-Motorräder verlangt, seine Waffe auf ihn richtet, erwidert der Erzbischof: "Hör zu, ich habe bereits gelebt. Du kannst mich töten, ich gehe, um Gott zu finden, den ich liebe. Ich warte dort auf dich. Dann kannst du

ihm erklären, was du getan hast. Na los, schieß!" Der Kämpfer hat es nicht gewagt.

Mit dem Papst durch Bangui

Immer wieder hat Papst Franziskus erklärt, wie er die Würde eines Kardinals versteht: Der trage Rot, weil er bereit sein müsse, mit seinem Leben für seinen Glauben und seine Herde einzustehen. Bei seinem Besuch in Bangui im November 2015 kann sich der Papst selbst ein Bild von Nzapalaingas interreligiösem Einsatz machen. Er tauscht Friedensgrüße mit dem Imam und dem Leiter der Evangelischen Allianz. Und 2016 macht er den damals 49-jährigen Erzbischof von Bangui zum Kardinal, als ersten Zentralafrikaner und zum derzeit jüngsten Mitglied des Kollegiums.

Den Christen in seinem Land fällt es manchmal schwer, Nzapalaingas Forderungen nach Frieden und Vergebung zu verdauen. Nach so viel Gewalt, so viel Verlust, so vielen Provokationen und Schmähungen. Aber er wird nicht damit aufhören. Da ist einer, der mit seinem Leben für den Frieden einsteht.

Afrikas bizarrstes Gotteshaus wurde vor 30 Jahren geweiht

Riesen-Basilika Notre-Dame-de-la-Paix in Yamoussoukro ist Nachbildung des Petersdomes, mit Fassungsvermögen von fast 20.000 Menschen

11.09.2020 (KAP-ID) Johannes Paul II. war mitten in Afrika - und doch dürfte er sich vor 30 Jahren wie zu Hause in Rom gefühlt haben. Damals weihte er am 10. September 1990 die Basilika im ivoirischen Yamoussoukro. Denn der Bau des libanesischen Architekten Pierre Fakhoury ist stark an den Petersdom angelehnt. Allerdings gibt es einen grundlegenden Unterschied: In den Petersdom strömen täglich viele tausend Besucher.

Auch die Basilika in Yamoussoukro ist eine katholische Kirche der Superlative: Mit 158 Metern ist sie sogar höher als der Petersdom. Über insgesamt 7.400 Quadratmeter Buntglasfenster verfügt sie, und auf dem riesigen Gelände sollen 400.000 Bäume, Hecken, Sträucher und Blumen gepflanzt worden sein. Vorbild waren die Gärten von Versailles.

Doch der verschwenderische Bau steht in krassem Kontrast zu seiner Umgebung: In der Elfenbeinküste leben mehr als 46 Prozent der gut 25,1 Millionen Einwohner unterhalb der Armutsgrenze; nicht einmal jeder fünfte bekennt sich zum Katholizismus.

Felix Houphouët-Boigny (1905-1993) hat in der Basilika Notre-Dame-de-la-Paix einen Ehrenplatz. Gleich in der ersten Reihe vor dem Altar erinnert eine Plakette an den Kirchenstifter und ersten Staatspräsidenten der Elfenbeinküste. Er sorgte 1983 auch dafür, dass seine Heimatstadt Yamoussoukro zur Hauptstadt des westafrikanischen Staates wurde. Dort wollte er mit dem prunkvollen Gebäude dem Vatikan ein persönliches Geschenk machen. Nur gut drei Jahre Bauzeit waren nötig, bis die Kirche im September 1989 fertiggestellt war. Und noch ein weiteres Jahr musste der Präsident warten, bis sie schließlich von Johannes Paul II. geweiht wurde.

Lange Zeit hieß es, dass die Basilika, die über 7.000 Sitz- und 11.000 Stehplätze verfügt, nur ein einziges Mal voll gewesen sein soll: vor 30 Jahren, am Tag der Weihe. Ivoirischen Medienberichten zufolge lockt sie inzwischen jedoch immer mehr Pilger aus der Region an. An regulären Tagen ist die Zahl der Besucher freilich überschaubar. Notre-Dame-de-la-Paix ist keine Kathedrale, also keine Bischofskirche. In einer

Broschüre über das Bauwerk heißt es, dass täglich zwischen 700 und 1.000 Menschen kämen. Ivorer zahlen umgerechnet 1,50 Euro Eintritt, Ausländer doppelt so viel. Auch Führungen werden angeboten.

Unter anderem wird den Gästen ein spezieller Raum unterhalb des Altars gezeigt. Von dort werden die Einstellungen der Klimaanlage geregelt - eine absolute Ausnahme in einer westafrikanischen Kirche. Mit einem großen Mischpult sorgen Mitarbeiter während der Gottesdienste zudem für den richtigen Sound. Die Musik kommt aus der Konserve. Fröhliche und stimmungswaltige Gesänge, die sonst so typisch für afrikanische Gottesdienste sind, gibt es nicht.

Prunkstück ist die riesige Kuppel, die mit zwei Aufzügen erreicht werden kann. Am Eingang der Kuppel dokumentieren Fotos die Bauphase. Dort ist auch eine Zeichnung zu sehen. Sie dokumentiert, dass die Basilika noch höher ist als der Petersdom in Rom - wenn man das Kreuz auf der Kuppel hinzurechnet. Höher, größer, weiter:

Die Basilika von Yamoussoukro soll beeindruckend und Ehrfurcht erwecken.

Als Präsident Houphouët-Boigny, der 33 Jahre lang an der Macht war, die Kirche erbauen ließ, hatte sie noch eine andere Funktion. Sie sollte ein Fingerzeig an den Westen sein: Was Europa kann, können wir auch. Heute steht sie eher da wie ein Fremdkörper. Auch weil in der Basilika weder geheiratet werden kann noch Trauerfeiern stattfinden. Immerhin sind Taufen möglich.

Finanziert wurde der schätzungsweise 300 Millionen US-Dollar teure Bau vor allem durch Steuergelder des armen Landes - obwohl der Präsident mehrfach beteuert hatte, er habe alles aus seinem Privatvermögen bezahlt. Nach der Fertigstellung erhielt Houphouët-Boigny daher die Auflage, als Kompensation gleich nebenan ein Krankenhaus zu errichten. Es dauerte fast ein Vierteljahrhundert, bis es am 14. Jänner 2015 endlich eröffnet wurde - viel viel länger als die Riesenkirche vor einem Vierteljahrhundert.

P R E S S E S C H A U

Nach Kritik nun auch Unterstützung für vatikanische Instruktion

Medienkommentare sprechen von "Weitblick", "zeitgemäßem Verständnis der Hirtensorge" und "praktikablen" Reformvorgaben, loben den Fokus Umkehr, Mission und Präsenz vor Ort

11.09.2020 (KAP-ID) Positive Aspekte der im Juli präsentierten Instruktion des Vatikan zur Organisation und Leitung von Pfarren waren bei den Kommentaren im deutschen Sprachraum bislang rar gesät. Nach der fast einhelligen Medienkritik am römischen Beharren auf der alleinigen Leitungsverantwortung des Priesters und am Verbot sogar des Begriffs "Leitungsteam" ließen Lob und wohlwollende Stellungnahmen lange auf sich warten. Zum Auftakt der Regionenkonferenzen bei der deutschen Kirchenreform-Debatte "Synodaler Weg" schien der Moment jedoch gekommen.

"Einmal mehr beweist die Amtskirche Weitblick, während ihre Kritiker Nabelschau betreiben", hinterfragte Martin Kolosz im "Kurier" (31. August) die vor allem deutschen Gegenstimmen. Eine genaue Lektüre des Dokuments zeige, dass der Vorwurf eines aufkeimenden Klerikalismus und einer Rückstufung aller Laien in den Stand von Befehlsempfängern unhaltbar sei. In

Wahrheit zeuge die Instruktion von einem "zeitgemäßen Verständnis der Hirtensorge und des Gemeinschaftslebens innerhalb jeder Pfarre, ohne einerseits die kirchliche Tradition zu ignorieren oder andererseits die Impulse der Gegenwart zu unterbinden".

Das vatikanische Dokument habe einen "verbindlichen Umgang mit allen Charismen, sowohl von geweihten Personen als auch von Laien, gefunden", lobte Kolosz, und erkannte das Ziel einer "Komplementierung in der konkreten Gemeinschaft zu einem großen, pastoralen Wirken". Wie aus der Instruktion hervorgehe, falle die Hirtensorge einer Gemeinde allein dem Pfarrer zu, während sich das Wirken der Laien in der pastoralen Mithilfe entfalte. Dies dürfe jedoch nicht mit dem Auftrag zur Leitung durch einen Priester verwechselt werden.

Wenn nun die Autoren der Instruktion daran erinnerten, "dass der Pfarrer der Pfarre dient und nicht umgekehrt sie ihm" und

mehrmals verlangten, "das ganze Volk Gottes in das Bemühen einzubeziehen, um Prozesse der 'Verjüngung' des Antlitzes der Kirche anzustoßen", so stellt dies nach dem Empfinden des Kolonnenisten eine durchaus "progressive Forderung" dar. Kritiker beharrten hingegen auf ihr "vermeintliches Recht, Leitungsfunktionen innerhalb ihrer Gemeinden auszuüben, was jedoch nichts anderes als eine Bestätigung des alten Strukturdenkens und ein Armutszeugnis in Sachen Demut ist, die zu einer solchen Ausübung eigentlich Voraussetzung wäre", so Kolosz.

Kein Luftschloss

"Kein Luftschloss, sondern praktikabel" sind laut der Auffassung von Regina Einig in der "Tagespost" (31. August) die römischen Vorgaben zu den Pfarrgemeinde-Reformen. Vielerorts sei die Zusammenlegung von Pfarren unausweichlich geworden, wobei die Instruktion konstruktiven Lösungen dafür wie etwa jenen der Erzdiözese Köln den Rücken stärke: Dort seien sowohl die Pfarren wie auch der Vatikan in die Beratungen eingebunden worden, was "betriebsblinden Aktivismus" ebenso wie den für das ehrenamtliche Engagement in den Gemeinden kontraproduktiven Eindruck einer Bevormundung vom grünen Tisch des Ordinariats aus vorgebeugt habe.

Bei der schon unter Kardinal Joachim Meisner (1933-2017) eingeleiteten Kölner Strukturreform - wo bis 2030 schlussendlich 50 bis 60 Großpfarren entstehen - könne niemand behaupten, Laien wären zu kurz gekommen, nur weil die Leitung der Pfarrei wie vom Kirchenrecht vorgesehen, dem Pfarrer vorbehalten bleibt. "Von der Kreativität und dem Herzblut der Getauften hängt das Gemeindeleben in Zukunft maßgeblich ab. An der Unersetzlichkeit der Sonntagsmesse gibt es aber nichts zu rütteln", so Einig. Die Erzdiözese stelle damit ein "Gegengewicht" zur Kritik der auch von zahlreichen deutschen Bischöfen abgelehnten Instruktion der römischen Kleruskongregation dar - und könnte damit Schule machen.

Aversion gegen Vorschriften

Ähnlich rief im Südtiroler "Katholischen Sonntagsblatt" vom 2. September der Leiter des diözesanen Verwaltungsamtes, Michael Mitterhofer, zu einem "vorurteilslosen Lektüre" und "Vertiefung" der Instruktion auf. Diese verdiene nicht die im deutschen Sprachraum vorherrschende

Leseart, welche nur darauf blicke, ob durch das Schreiben die pastorale Praxis vor Ort bestätigt oder aber infrage gestellt wird. Entscheidender für eine Beurteilung seien vielmehr dessen Intention und Begründungen, nämlich: Dass alle Verantwortungsträger und Mitarbeiter in den Pfarren "ihren Dienst missionarisch verstehen sollen" und ein als "Umkehr" bezeichneter Perspektivenwechsel stattfinde. Pfarren würden zudem als "gewachsene Institution" und als Zusammenspiel von Hauskirchen, kleineren Gemeinschaften und "Zellen des gelebten Evangeliums" dargestellt, was "zukunftsweisend" sei.

Zum Teil rufe die Instruktion bloß das Kirchenrecht in Erinnerung, schrieb Mitterhofer. Dieses gebe der Kirche ihr Profil, drücke "Ordnung und Zusammenspiel, Respekt und Verpflichtung" aus und schütze damit Rechte anderer sowie auch "das, was verbindlich und konstitutiv ist". Dass es eine "vielfach feststellbare Aversion gegen kirchliches Recht" gebe - ganz im Unterschied zur allgemeinen Haltung gegenüber zivilen Verordnungen, "die in diesen Zeiten ja massiv in das Leben der Menschen eingreifen" - bedauerte der Leiter des Verwaltungsamtes.

Rückenstärkung der Ortsgemeinden

Als eine "Ermutigung" für das Einstehen für eine "lebendige, offene und den Menschen zugewandte Kirche am Ort" wurde die Instruktion im "Konradsblatt" (4. September) bezeichnet. Während die Pastoraltheologie und auch manche Ordinariate sonst längst den "Abgesang auf die Ortsgemeinden" angestimmt hätten, spreche das vatikanische Dokument "so wertschätzend über die örtliche Pfarrgemeinde und deren Auftrag" wie dies schon lange kein offizieller Text über die Kirchenzukunft mehr getan habe.

Trotz ihres Wandels sei die Pfarrgemeinde ein "unersetzbares Haus inmitten der Häuser", ein "Ort des Hörens des Wortes Gottes, des Wachstums des christlichen Lebens, des Dialogs, der Verkündigung, der großherzigen Nächstenliebe, der Anbetung und der liturgischen Feier", zitierte die Freiburger Kirchenzeitung aus dem Text. Notwendig sei dafür jedoch die auch von den anderen Beobachtern hervorgehobene "Umkehr" der Gläubigen, nämlich "weg von jedweder Selbstbezogenheit und steriler Betriebsamkeit hin zu einer spirituellen und missionarischen Dynamik".

Diözesansprecher: Flüchtlingskinder-Debatte zeigt Politik-Misere

Michael Prüller in "Presse"-Kolumne: Thema kommt in Österreich nicht einmal mehr über den Wahlkampf-Schlagabtausch hinaus

11.09.2020 (KAP-ID) Die jüngste politische Debatte um die Aufnahme von hundert Flüchtlingskindern aus griechischen Lagern in Wien wird von den beteiligten Parteien als reine Wahltaktik benutzt: Das bedauert der Sprecher der Erzdiözese Wien, Michael Prüller, in seiner "Presse"-Kolumne "Culture Clash" (Ausgabe 6. September). Eine "Gestaltungsohnmacht" zeige sich, wenn Gewissensfragen bloß als "Material für zielgruppenorientierte Wahlsagen" gebraucht würden - was unanständig sei. Um Fragen wie etwa nach dem weiteren Schicksal der Menschen in den griechischen Lagern sowie Österreichs Anteil daran müsse man "ringen und nicht plänkeln", kritisierte der frühere stv. Chefredakteur der "Presse". Aktueller Anlass war ein Antrag der Wiener SPÖ, Grünen und Neos, der Bund möge in Brüssel "aufzeigen", dass Österreichs Bundeshauptstadt hundert Kinder aus dem - inzwischen abgebrannten - Flüchtlingslager Moria aufnehmen könne, sowie das kurz angebundene "Sicher nicht!" dazu vonseiten der Wiener Stadt-ÖVP. Letzteres habe ihn "befremdet", schrieb Prüller.

Doch auch der Antrag der Wiener Stadtregierung habe seine "Untiefen", so der Sprecher von Kardinal Christoph Schönborn: Er sei "absehbar aussichtslos" und komme zudem auffällig spät, nachdem die EU schon im März das Programm zur Aufteilung von 5.000 unbegleiteten Minderjährigen aus Griechenland in den Mitgliedsstaaten gestartet hatte. Im April seien die ersten Transporte vollzogen worden, elf Staaten

hätten seither schon insgesamt 2.000 Umsiedlungen zugesagt. Der jetzige Zeitpunkt komme eben "gerade rechtzeitig für den Wiener Wahlkampf". Ebenso beschrieb Prüller den Antrag als "zucker-gussig": Der EU zufolge seien von den betreffenden Minderjährigen nämlich nur zehn Prozent unter 14 Jahre alt, während die meisten bereits 16 oder 17 Jahre alt seien; weniger als zehn Prozent seien Mädchen, die meisten kämen aus Afghanistan. Um "kleine syrische Flüchtlingskinder" handle es sich somit nicht, vielmehr sei damit zu rechnen, dass jedem Jugendlichen später im Zuge des Familiennachzuges "vier bis fünf weitere Personen" folgen würden, zitierte der Kolumnist Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Im Klartext: "Größtenteils afghanische Burschen mit ihren Familien, insgesamt bis zu 600 Personen."

Mit dem nett klingenden Antrag für die "süßen Waisenkinder", die es somit gar nicht gebe, habe die Wiener Stadtregierung womöglich ihren Mitbewerbern die "Chance, hartherziges Profil zu zeigen" geben wollen, was diese jedenfalls gerne getan hätten. Am Problem Tausender, die in Griechenlands Lagern "in tiefem Elend, in Hoffnungs- und Rechtlosigkeit, unter den Augen und in der Verantwortung der EU" lebten, ändere dies nichts. Prüller: "Dafür eine kraftvolle Lösung schuldig zu bleiben, ist das große Versagen Europas. Dass bei uns das Thema nicht einmal über die Dimension eines Wahlkampf-Schlagabtausches hinauskommt, ist unsere ganz eigene Verantwortung."

Publizistin: Klären, welche Hilfe man Sterbewilligen anbietet

Walterskirchen: Einsame, Depressive und Alte brauchen Zuwendung, Trost und Hoffnung

11.09.2020 (KAP-ID) Dass der für Oktober anstehende Entscheid der Verfassungsrichter in Sachen Sterbehilfe "extrem sensibel" ist, hat die Publizistin Gudula Walterskirchen hervorgehoben. Gegenwärtig würden Depressionen, Ängste und Arbeitslosigkeit wie auch die Lebenserwartung stark ansteigen, und es werde bald noch mehr Einsame, Arbeitslose, Depressive und Alte geben. "Die Frage wird sein, welche Art Hilfe ihnen angeboten wird. Wohl hoffentlich nicht

jene zum Sterben, sondern Zuwendung, Trost und Hoffnung", erklärte die NÖN- und bvz-Herausgeberin in ihrer "Presse"-Kolumne "Quergeschrieben" (7. September).

Ob das vorsätzliche Töten von Menschen oder die Beihilfe zur Selbsttötung erlaubt sein sollen, sei "nicht nur eine Rechtsfrage, sondern auch eine moralische und politische Frage", betonte Walterskirchen. "Hier würde eine Tür aufgemacht, die nicht mehr zu schließen ist. In

Ländern, die dies zugelassen haben, zeigt sich die Problematik bereits klar. Die Grenzen werden immer mehr ausgeweitet, selbst Kinder und Personen mit einer Demenzerkrankung sind bereits betroffen." Nicht etwa die unerträglichen Schmerzen - welche in den medial verbreiteten, für Suizidbeihilfe Stimmung machenden Einzelfallberichten meist hervorgehoben werden - seien die häufigsten von Sterbewilligen angeführten Gründe, betonte die katholische Publizistin. Stattdessen stünden Angst vor Einsamkeit, Verlust der "Würde" und Autonomie oder davor, jemandem zur Last zu fallen hier an erster Stelle. "Als Gesellschaft müssen wir uns die Frage stellen, ob die richtige Antwort darauf sein soll,

diesen Ängsten mit einer Beihilfe zur Selbsttötung zu begegnen?"

Dass die Zahl von Suiziden seit 1986 sinkt, ist laut Walterskirchen vor allem ein Erfolg der engagierten Präventionsarbeit von Medizinern, Psychiatern, Psychotherapeuten und Ehrenamtlichen, etwa in der Telefonseelsorge. "Wie aber kann künftig Suizidprävention funktionieren, wenn die Gesellschaft und das Rechtssystem eine Beihilfe zur Selbsttötung bejahen?", hinterfragte die Publizistin. Stattdessen gelte es alles zu unternehmen, um suizidgefährdeten Menschen Hilfe anzubieten um gut weiterleben zu können. Walterskirchen: "Damit würde wohl eher auf 'Würde' geachtet, als den Todeswunsch zu unterstützen."

Twitter-Debatte: Wie wäre Jesus zum Stephansdom gekommen?

Autofrei-Sager von Dompfarrer Faber erregt die Nutzer des Kurznachrichtendienstes

11.09.2020 (KAP-ID) Geht es um die Frage nach einer autofreien Wiener Innenstadt, so hängt bei der rot-grünen Stadtregierung Wochen vor der Wahl der Haussegen gehörig schief: Während Vizebürgermeisterin Birgit Hebein gemeinsam mit der Stadt-ÖVP eine solche Zukunft für den ersten Bezirk der Bundeshauptstadt in Aussicht gestellt hat, ist Bürgermeister Michael Ludwig von der Idee alles anders als begeistert, und weiß dabei die Kaufleute hinter sich. Und auch Dompfarrer Toni Faber. Dass dieser die Politik davor gewarnt hatte, vor der Wahl "etwas übers Knie zu brechen", und erst recht sein Sager, Gläubige würden "ihrer spirituellen Tankstelle beraubt", wenn sie nicht mehr aus den Bezirken mit dem Auto zur Messe (in den Stephansdom) fahren könnten, sorgte auf Twitter für Erheiterung.

Der ökologische Aspekt und Gegensätze zu kirchlichen Umweltbotschaften etwa im Rahmen des "Autofastens" fiel den Promi-Nutzern des Kurznachrichtendienstes als erstes auf. "Jesus hätte ja die U1 genommen, glaube ich", war bei Christoph Chorcherr mit 20.000 Followern zu lesen. "Jesus hätte sogar die U6 geliebt!", setzte "Falter"-Chefredakteur Florian Klenk (200.000 Follower) nach, und nahm dabei auf die schon am meisten in die Jahre gekommene Wiener U-Bahn-Linie Bezug. "Er hätte die U6 in die U4 verwandelt", glitt Journalistenkollege Robert Misik (90.000 Follower) sodann ins Spöttische ab.

Mit seinem Palmsonntags-Verweis im Vorschlag, Jesus wäre wohl "auf einen Esel

geritten, oder neumodisch, mit einem Fiaker gefahren", gab Klenk der Debatte dann eine neue Wendung. Es wäre heute wohl ein "Drahtesel" gewesen, bemerkte ein Follower dazu, ein weiterer ergänzte dann mit einem abgewandelten Bibelzitat: "Siehe, dein König kommt zu dir, ein Gerechter und ein Helfer, arm, und reitet auf einem Drahtesel und auf einem Lastenrad der Firma Bakfiets." Es folgten: "Jesus hätte das Fahrrad genommen, wenn die Strassenbeläge nicht so holprig und abgründig gewesen wären. Unter Surfern gilt er auch Erfinder des Surf-Bretts", und schließlich erneut witzelnd: "Ne, Jesus wäre zu Fuß gegangen. Sogar über den Donaukanal!"

Erwartungsgemäß bekam die Debatte auch später nicht mehr Tiefgang, wenngleich sich die Mutmaßungen alsbald um denkbare Kirchenkritik des Gottessohnes drehten. "Jesus hätte die römisch-katholische Kirche links liegen gelassen und hätte den Stephansdom nicht aufgesucht. Aber beim Dom hätte er wohl wieder ordentlich aufgeräumt (wie damals im Tempel)", war von einem weiteren Twitterer zu lesen. Ob es sich dabei um einen Stephansdom-Gottesdienstbesucher handelt, bleibt ebenso ungeklärt wie beim Verfasser einer weiteren Wortmeldung, wonach die Hl. Messe in der (Heimat)Gemeinde gefeiert werden sollte. "Wann man also aus dem Außenbezirken nach St. Stephan zur Messe fährt, dann will man im Dom gesehen werden. Fast so eine Art Opernball der r. k. Kirche, denn der Herr ist in der kleinsten Kapelle zu finden."

I N T E R V I E W

"Um Sterbewilligen zu helfen, muss man ihren Raum betreten"

Neue Leiterin der Telefonseelsorge Österreich, Antonia Keßelring, über Corona, Einsamkeit, Suizidbeihilfe und die Frage, wie man bei Sterbewunsch am besten hilft

11.09.2020 (KAP-ID) Seit Jahresbeginn steht Österreichs Telefonseelsorge unter einer neuen Leitung: Mit Antonia Keßelring folgt auf Marlies Matějka eine aus Deutschland stammende Theologin und Juristin, die mehrere Jahrzehnte Krankenhausseelsorgerin in Wiener Spitälern sowie Erwachsenenbildnerin bei den Theologischen Kursen der Erzdiözese Wien war. Auch die Erfahrung als Seelsorgerin im Mobilen Palliativteam des CS Hospiz Rennweg kommt der neuen Leiterin des unter der Rufnummer 142 erreichbaren Dienstes zugute. Anlässlich des Welttags gegen Suizidprävention (10. September) reflektierte sie im Interview mit Kathpress über Corona, den Pakt gegen Einsamkeit, Suizidbeihilfe und die Frage, wie man Sterbewilligen am besten Hilfe leistet.

Gleich in Ihren ersten Wochen als Leiterin der Telefonseelsorge ist das Coronavirus ausgebrochen. Wie machte sich bei Ihnen die Krise spürbar?

Die Zahl der Anrufer ging vor dem Lockdown im März schlagartig in die Höhe und lag auch in der ersten Woche danach bei mehr als 75 Prozent über dem Normalwert. Dann flachte die Nachfrage ab, da es auch andere Hotlines gibt, und pendelte sich bei etwa 30 Prozent über dem Durchschnitt ein. Heute liegen wir etwa 15 Prozent darüber und verzeichnen derzeit wieder einen leichten Anstieg. Dass wir bei der Rufnummer 1450 als Anlaufstelle bei seelischen Problemen gelistet waren, hat viele Menschen bei uns anrufen lassen, die dies zuvor ganz offensichtlich noch nie taten. Oft stellten sie sich sogar mit Namen vor und bedankten sich - was die bei uns Hilfesuchenden sonst kaum tun.

Welche Themen dominierten während des Lockdowns?

Inhaltlich gab es damals kein Gespräch, in dem das Wort Corona nicht vorkam. Die Vielfachbelastung war oft Thema, etwa durch das Homeschooling der Kinder und das ständige Zusammenleben auf engem Raum. Menschen gingen einander auf

die Nerven, manche wurden gewalttätig, andere waren von einem Tag auf den anderen zusammengezogen, obwohl ihre Beziehung noch nicht so weit war - und haben das dann nicht ausgehalten. Manche Menschen, die geringfügig oder prekär arbeiten oder das Haus auch sonst kaum verlassen, erfuhren sich hingegen den anderen plötzlich gleichgesetzt. Sie sagten: Das, was jetzt alle lernen müssen - allein auszukommen, niemanden zu sehen, keine sinnvolle Beschäftigung zu haben und als einzige Freizeitbeschäftigung in die Natur gehen zu können - das kann ich schon lange.

Eine Erleichterung also?

Es war schon so, dass sich vieles während des Lockdowns relativierte, doch war es eher eine Ruhe vor dem Sturm. Denn als die Öffnungen kamen und vom Hochfahren gesprochen wurde, wuchsen auch die Sorgen, etwa um die Arbeit. Mittlerweile sind wir wieder bei dem angelangt, was bei uns in der Telefonseelsorge als "normale Trias" gilt: Für ein Drittel der Menschen ist das Thema Einsamkeit das Hauptproblem, für ein weiteres Drittel das genaue Gegenteil davon, sprich Beziehungsprobleme und psychische Verstörungen. Bei der dritten Hauptgruppe geht es um die Ängste vor der Zukunft.

Wie viele Anrufe sind suizidalen Inhalts?

Im Schnitt steht das bei sieben Prozent unserer Anrufer im Raum, besonders nachts, wenn Lebenskrisen stärker wahrgenommen werden, sowie vormittags, wenn Menschen aufwachen und sagen: Heute ist es soweit. Während der Corona-Hauptzeit war das sehr stark ein Thema. Das war zum Beispiel eine alte Frau, die allein lebt und vorher immer ins Tageszentrum gefahren ist, um dort Leute zu treffen. Sie sagte uns, der Lockdown mache sie wahnsinnig und sie würde sich aus dem Fenster stürzen, würde es ihre Gebrechlichkeit nicht verhindern. Vor allem an der Einsamkeit verzweifeln viele, am völligen Zurück-

geworfensein auf sich selbst und am Fehlen von Ablenkung.

Was löst in Menschen den Sterbewunsch aus?

Das ist unterschiedlich. Wenn es um terminale Erkrankungen wie etwa Krebs geht, so belastet oft nicht der Schmerz selbst am meisten, sondern die Erschöpfung - dass Menschen sich selbst nicht mehr erkennen und nicht mehr wissen, wer sie sind. Sie sagen sich dann: Ich bin nicht mehr ich, und will nicht mehr leben. Im Falle von Einsamkeit ist hingegen oft der verlorene Selbstwert das Problem. Menschen, die sich als wertlos empfinden, rufen oft niemanden mehr an, da sie denken, sie würden den anderen nur noch auf die Nerven gehen.

Was sagt man darauf am anderen Ende der Leitung?

Es gibt kein Zauberwort, mit dem alles gut wird. Das Erste ist nicht das Reden, sondern immer das Zuhören. Man muss bei solchen verzweifelten Anrufen dem ersten Impuls widerstehen, dem Gedanken: Was mache ich nur, dass er oder sie wieder fröhlich wird und das Leben wieder als sinnvoll empfindet? Vielmehr gilt es, die Not in ihrer ganzen Gewichtung zu würdigen, sich ganz auf die Abgründe einlassen, indem man sich genau schildern lässt: Was bewegt diesen Menschen zu dem Schritt, den er da vorhat? Was macht ihm das Leben so unerträglich? Erst so kann es gelingen, langsam Einlass zu erhalten in diesen Raum, welchen der andere bislang für sich selbst hatte und in dem er sehr einsam war. Für diesen Verstehensprozess gibt es keine Abkürzung, man muss es aushalten, dass es nur langsam geht.

Also keine Verurteilung - aber auch keine Unterstützung im Suizidwunsch?

Befinde ich mich im selben "Raum" wie der bzw. die Suizidwillige und kann die schreckliche Situation verstehen und die Entscheidung sogar akzeptieren, so kann ich als Seelsorgerin aus tiefster Überzeugung gleichzeitig auch die auf diese Weise entstandene Bindung und meine aufrichtige Liebe zu dem Menschen ins Spiel bringen. Ich sage dann etwa: "Es ist so furchtbar für mich zu hören, dass Sie Ihrem Leben ein Ende setzen wollen - weil ich zugleich sehe, was für ein toller Mensch Sie sind." Hilfe braucht Empathie,

Wertschätzung und Authentizität zugleich - also Würdigung der Not bei gleichzeitiger Verbalisierung des Schreckens und Zorns, den der Suizidwunsch in mir selbst dabei hochkommen lässt.

Worin besteht dann die konkrete Hilfe?

Bin ich an diese Stelle gelangt, so kann ich dann dazu beitragen, was der Psychiater und Suizidforscher Erwin Ringel als "Erweiterung des Blickfeldes" beschrieb, welches ja bei Menschen mit Suizidwunsch meist stark verengt ist. Wir bei der Telefonseelsorge erkundigen uns etwa danach: Gibt es noch Menschen im Umfeld? Oft verneinen die Anrufer dies zunächst, dann aber zeigt sich, dass es wohl noch andere gibt, die Halt geben könnten. Wir fragen auch, ob es früher schon einmal ähnliche Krisen gab, wie der Anrufer damals das Rauskommen schaffte, was ihm dabei half - denn es könnte auch jetzt hilfreich sein. Klar ist jedoch, dass man ein jahrelanges Problem wie etwa die Einsamkeit nicht mit einer halben Stunde Zuhören lösen kann. Fürs Erste geht es darum, Unterstützung beim Aushalten der akut schwierigen Phase zu organisieren - darum, diesen letzten, unwiederbringlichen Schritt aufzuschieben.

Eine Aufgabe, die man besser Experten wie jenen bei der Telefonseelsorge überlässt?

Nein, ganz im Gegenteil. Schätzungen von Fachleuten zufolge sind mehr als 80 Prozent der Menschen mit Suizidwunsch von diesem abgebracht worden durch ein Gespräch mit Nicht-Professionellen - mit Freunden oder Verwandten, die zuhören. Hilfe geht also sehr wohl auch ohne Professionalität. Dabei kommt den Helfern zugute, dass der in Not befindliche Mensch ja beides in sich trägt: Den überwältigenden Wunsch, sterben zu wollen, andererseits aber auch den Wunsch zu leben. Letzterer ist ja eigentlich das, was andere ins Gespräch zieht und dem Betroffenen hilft, sich anderen anzuvertrauen. Als Helfer ist diese Seite mein Verbündeter - wenn ich durch meinen Zuhör- und Verstehensprozess zuerst den Schlüssel dazu erhalten habe, um zu dem Menschen zu gelangen. Klar ist freilich, dass die Hilfe in einem einzigen Gespräch noch keine langfristigen Veränderungen schafft. Dafür bräuchte es idealerweise die gesamte Gesellschaft.

Für das Problem der Einsamkeit scheint die Gesellschaft ja zumindest infolge der Corona-Krise sensibler geworden zu sein.

Der Lockdown hat viele Nöte verschärft, zugleich aber auch Lösungswege aufgezeigt. Der Umgangston änderte sich: Als die Straßen leergefegt waren, hat man sich plötzlich wieder begrüßt. Man hat vor dem Supermarktbefuch beim Nachbarn angeläutet und nachgefragt, ob er etwas braucht, hat an ältere und einsame Menschen gedacht und sie angerufen. Wir haben uns daran erinnert, dass wir in einer Gemeinschaft leben, haben die anderen als Menschen wahrgenommen. Wir haben uns in diesen Wochen organisiert, waren innovativ und bewerkstelligten Dinge, die zuvor unmöglich schienen.

Hoffen Sie auf den von der Regierung versprochenen "Pakt gegen Einsamkeit"?

Ob neue Maßnahmen an der richtigen Stelle ansetzen, wird man sehen. Die ersten Ankündigungen des Bundeskanzlers bezogen sich vor allem auf eine bessere Situation in den Pflegeheimen. Das ist wichtig, wenngleich Einsamkeit in der Gesellschaft auch noch ganz andere Gesichter hat, die nicht übersehen werden sollten. Ich denke hier etwa an allein lebende 40- bis 50-jährige Frauen, die psychisch labil sind und Frühpension erhalten, da sie nicht arbeitsfähig sind. An Mindestpensionistinnen, die vor ihren eigenen Kindern geheimhalten, dass sie sich den Kaffeehausbesuch nicht leisten können, und auch an die große Zahl von Singlehaushalten in Wien. Auch unter Studenten gibt es Einsamkeit, über die jedoch kaum gesprochen wird.

Eine Aufgabe auch für die Kirchen?

Die Kirche hat viele Angebote gegen Einsamkeit, von der Telefonseelsorge bis zu den Gemeinschaftsaktivitäten in den Pfarren, ebenso wie es in Österreich ein dichtes Netz von Tageszentren oder Seniorenvereinen gibt. Dennoch trauen sich Menschen oft nicht hinauszugehen, viele sind ängstlich. Letztlich brauchen wir mehr Bewusstsein und Wahrnehmung, dass da ein Mensch lebt - dass es da im dritten Stock eine alte Dame gibt, die nicht einfach irgendwann sterben und von der Katze angefressen werden soll. Ein gutes

Beispiel gibt da meiner Ansicht nach der Pfarrer meiner Wohnpfarre Wien-Aspern. Er besucht jeden Menschen in seinem Pfarrgebiet, der seinen runden Geburtstag - ab 35 - feiert, verbringt damit mehrere Stunden täglich, obwohl es sich um Wiens größte Pfarre handelt. Es gelingt ihm dabei, nicht nur Wertschätzung, sondern auch Kontakte zu den Einrichtungen zu vermitteln. Ist einmal dieser erste Schritt getan, fällt ein zweiter Schritt aus der Einsamkeit heraus schon viel leichter.

Sie sind durch Ihre Lebensbiografie mit der Schweizer Situation gut vertraut. Untergraben die auch in Österreich drohenden Lockerungen der aktiven Sterbehilfe die Suizidprävention?

Suizid ist nur eine Scheinlösung. Bevor eine Gesellschaft einem Menschen die Möglichkeit gibt, sich selbst aus dem Weg zu räumen, muss sie doch unbedingt zuerst alle Maßnahmen hochfahren, um das Leben für die Person wieder lebenswert zu machen. Statt in Suizidassistenten sollte man alle Aufmerksamkeit und Mittel in die Sanierung von Nachbarschaftsbeziehungen, in die Unterstützung von Menschen im Alter oder von psychisch Kranken lenken, oder auch in vernünftige Schmerz- und Symptombehandlung von Palliativpatienten. Erst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind - und da gibt es noch viel Luft nach oben - sollte Suizidbeihilfe diskutiert werden. Denn ein Sterbewunsch kann sich sehr wohl wandeln, wenn Schmerzen oder Depressionen gut behandelt werden, und erst recht, wenn es Menschen gibt, denen man vertrauen kann, die einen sehen, würdigen und lieben.

Was sagen Sie Sterbehilfe-Befürwortern, die mit Autonomie argumentieren?

Der Gedanke, dass mein Leben nicht mehr lebenswert ist, wenn ich nicht mehr autonom bin, ist ein tödlicher Primat. Blickt man auf die Betreuung der Frühchen in der Neonatologie, so versteht man, dass die Zeit, bei der ein Mensch bei vollem Bewusstsein ist und selbstständig Entscheidungen treffen kann, nur kurz ist. Am Anfang und Schluss des Lebens sind wir auf andere angewiesen. Es braucht daher andere Kriterien für ein lebenswertes Leben.

D O K U M E N T A T I O N E N

"Schrei der Erde und der Armen ist noch lauter geworden"

Wortlaut der Papstbotschaft zum Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung 2020

11.09.2020 (KAP-ID) Der heutige menschliche Lebensstil bringt die Erde an ihre Grenzen, warnt Papst Franziskus in seiner heurigen Botschaft zum Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung (1. September). In dem vom Vatikan zum Auftakt der kirchlichen Schöpfungszeit veröffentlichten Schreiben ruft der Papst die Menschheit angesichts der Corona-Krise zu einem Leben in "ursprünglicher Harmonie" mit der Schöpfung auf und erhebt auch konkrete politische Forderungen. Der Kathpress-Infodienst dokumentiert die Papstbotschaft im Folgenden in der offiziellen deutschsprachigen Übersetzung:

"Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr" (Lev 25,10)

Liebe Brüder und Schwestern,

jedes Jahr, insbesondere seit der Veröffentlichung der Enzyklika *Laudato si'* (LS, 24. Mai 2015), begeht die Familie der Christen am 1. September den Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung, an den sich eine "Zeit für die Schöpfung" anschließt, die am 4. Oktober, dem Gedenktag des heiligen Franziskus, endet. In dieser Zeit erneuern Christen auf der ganzen Welt ihren Glauben an Gott, den Schöpfer, und vereinen sich auf besondere Weise im Gebet und im Handeln für die Bewahrung des gemeinsamen Hauses.

Ich freue mich, dass die ökumenische Familie als Motto der Zeit für die Schöpfung 2020 "Jubeljahr für die Erde" gewählt hat, befinden wir uns doch in dem Jahr, in dem der Earth Day zum 50. Mal begangen wird.

In der Heiligen Schrift ist ein Jubeljahr eine heilige Zeit des Erinnerns, der Umkehr, des Ruhens, der Wiederherstellung und der Freude.

1. Eine Zeit des Erinnerns

Wir sind eingeladen, uns vor allem daran zu erinnern, dass es die endgültige Bestimmung der Schöpfung ist, in den "ewigen Sabbat" Gottes einzugehen. Es ist eine Reise in der Zeit, die sich im Rhythmus der sieben Wochentage, des Siebenjahres-Zyklus und des großen Jubeljahres

vollzieht, das am Ende von sieben Sabbatjahren, siebenmal sieben Jahren (vgl. Lev 25,8), steht.

Das Jubeljahr ist auch eine Zeit der Gnade zum Gedenken an die ursprüngliche Berufung der Schöpfung, die eine Gemeinschaft der Liebe sein und als solche weiter gedeihen soll. Wir existieren immer in Beziehungen: zu Gott, dem Schöpfer, zu unseren Brüdern und Schwestern als den Mitgliedern einer einzigen Familie und zu allen Geschöpfen, die mit uns dasselbe Haus bewohnen. "Alles ist aufeinander bezogen, und alle Menschen sind als Brüder und Schwestern gemeinsam auf einer wunderbaren Pilgerschaft, miteinander verflochten durch die Liebe, die Gott für jedes seiner Geschöpfe hegt und die uns auch in zärtlicher Liebe mit Bruder Sonne, Schwester Mond, Bruder Fluss und Mutter Erde vereint" (LS 92).

Das Jubeljahr ist also eine Zeit des Gedenkens, in der die Erinnerung an unsere interrelationale Existenz bewahrt wird. Wir müssen uns beständig erinnern, dass "alles aufeinander bezogen ist und dass die echte Sorge für unser eigenes Leben und unsere Beziehungen zur Natur nicht zu trennen ist von der Brüderlichkeit, der Gerechtigkeit und der Treue gegenüber den anderen" (LS 70).

2. Eine Zeit der Umkehr

Das Jubeljahr ist eine Zeit der Umkehr und des In-sich-Gehens. Wir haben die Bande gebrochen, die uns mit dem Schöpfer, mit anderen Menschen und mit der übrigen Schöpfung verbunden haben. Diese beschädigten Beziehungen bedürfen der Heilung, denn sie sind entscheidend für das eigene Bestehen und den Erhalt des gesamten Lebensgefüges.

Das Jubeljahr ist eine Zeit der Rückkehr zu Gott, unserem liebenden Schöpfer. Man kann nicht in Harmonie mit der Schöpfung leben, ohne dass man in Frieden ist mit dem Schöpfer, dem Ursprung und der Quelle alles Seienden. So merkte Papst Benedikt XVI. einmal an: "Der brutale Verbrauch der Schöpfung setzt dort ein, wo es keinen Gott gibt, wo Materie nur noch Material ist für uns, wo wir selbst die letzten Instanzen

sind, wo das Ganze uns einfach gehört" (Begegnung mit dem Klerus der Diözese Bozen-Brixen, 6. August 2008).

Das Jubeljahr lädt uns ein, wieder neu an die Anderen zu denken, insbesondere an die Armen und an die am meisten Verwundbaren. Wir sind aufgerufen, Gottes ursprünglichen und liebevollen Plan für die Schöpfung als gemeinsames Erbe neu anzunehmen, als ein Festmahl, das mit allen Brüdern und Schwestern in einer Gesinnung von Tischgemeinschaft zu teilen ist; nicht in ungeordnetem Wettstreit, sondern in freudiger Gemeinschaft, in der man einander unterstützt und beschützt. Das Jubeljahr ist eine Zeit zur Befreiung der Unterdrückten und all jener, die in den verschiedenen Formen moderner Sklaverei wie Menschenhandel und Kinderarbeit gefangen sind.

Außerdem müssen wir dazu zurückkehren, wieder auf die Erde zu hören, die in der Heiligen Schrift als *adamah* bezeichnet wird, als der Boden, aus dem der Mensch, Adam, geformt wurde. Heute mahnt uns die beunruhigte Stimme der Schöpfung, an den uns eigentlich zukommenden Platz in der natürlichen Ordnung zurückzukehren und uns daran zu erinnern, dass wir ein Teil und nicht etwa die Herren des großen Lebenszusammenhangs sind. Die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die schwindelerregende Zunahme von Klimakatastrophen, die ungleich schwerwiegenden Auswirkungen der aktuellen Pandemie auf die Ärmsten und Schwächsten sind Alarmglocken, die angesichts der ungezügelter Konsumgier schrillen.

Hören wir besonders jetzt, in dieser "Zeit für die Schöpfung", auf ihren "Puls". Sie wurde ins Dasein gerufen, um die Herrlichkeit Gottes zu offenbaren und mitzuteilen, um uns zu helfen, in ihrer Schönheit den Herrn alles Seienden zu finden und zu ihm zurückzukehren (vgl. Bonaventura, *In II Sent.*, I,2,2, q. 1, concl; Brevil., II,5.11). Die Erde, aus der wir genommen sind, ist daher ein Ort des Gebetes und der Meditation: "Erwecken wir den ästhetischen und kontemplativen Sinn neu, den Gott in uns gelegt hat" (Apostolisches Schreiben *Querida Amazonia*, 56). Die Fähigkeit zum Staunen und zur Kontemplation können wir vor allem von unseren indigenen Brüdern und Schwestern lernen, die in Einklang mit der Erde und ihren vielfältigen Lebensformen leben.

3. Eine Zeit des Ruhens

In seiner Weisheit hielt Gott den Sabbat frei, um der Erde und ihren Bewohnern zu ermöglichen, sich auszuruhen und neue Kraft zu schöpfen. Heute jedoch bringt unser Lebensstil den Planeten hart an seine Grenzen. Der ständige Wachstumsdruck und der unaufhörliche Kreislauf von Produktion und Konsum erschöpfen die Umwelt. Die Wälder sterben, die Böden erodieren, die Felder verschwinden, die Wüsten breiten sich immer weiter aus, die Meere versauern und die Stürme werden immer intensiver: die Schöpfung stöhnt!

Während des Jubeljahres war das Volk Gottes eingeladen, sich von den gewohnten Tätigkeiten auszuruhen. Der Boden konnte sich durch den Rückgang des üblichen Konsums regenerieren und die Dinge kamen wieder in Ordnung. Heute ist es notwendig, zu einer angemessenen und nachhaltigen Lebensweise zu finden, die der Erde wieder die Erholung zuteilwerden lässt, die sie braucht, und nach Wegen zu suchen, wie alle ausreichend ernährt werden können, ohne dass dabei die Ökosysteme zerstört werden, die wir zum Leben brauchen.

Die aktuelle Pandemie hat in mancher Hinsicht dazu geführt, dass wir einfachere und nachhaltigere Lebensstile wieder neu entdecken. Die Krise hat uns in einem gewissen Sinn die Möglichkeit gegeben, neue Lebensweisen zu entwickeln. Man hat gesehen, wie sich die Erde erholen kann, wenn wir sie zur Ruhe kommen lassen. Die Luft ist sauberer geworden, das Wasser klarer, Tierarten sind an viele Orte zurückgekehrt, von denen sie verschwunden waren. Die Pandemie hat uns an einen Scheideweg geführt. Wir müssen diesen entscheidenden Moment nutzen, um überflüssige und zerstörerische Aktivitäten und Ziele aufzugeben und Tugenden, Beziehungen und schöpferische Initiativen zu pflegen. Wir müssen unsere Gewohnheiten in Sachen Energieverbrauch, Konsum, Transport und Ernährung auf den Prüfstand stellen. Wir müssen unsere Volkswirtschaften von ihren nicht notwendigen und schädlichen Aspekten befreien und für den Handel, die Produktion und den Transport von Waren ertragreiche Möglichkeiten entwickeln.

4. Eine Zeit der Wiederherstellung

Das Jubeljahr dient auch der Wiederherstellung der ursprünglichen Harmonie der Schöpfung und der Heilung zerrütteter menschlicher Beziehungen.

Es lädt dazu ein, wieder gerechte soziale Beziehungen zu schaffen, einem jeden seine Freiheit und sein Eigentum zurückzugeben und einander die Schulden zu erlassen. Wir dürfen nämlich die Geschichte der Ausbeutung der Südhemisphäre nicht außer Acht lassen, die enorme ökologische Schulden verursacht hat, vor allem durch den Raubbau von Ressourcen und die exzessive Müllentsorgung in einer Umwelt, die allen gehört. Es ist Zeit für eine Gerechtigkeit im Sinne einer Wiedergutmachung. In diesem Zusammenhang erneuere ich meinen Appell, den schwächsten Ländern angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, denen sie als Folge von Covid-19 ausgesetzt sind, ihre Schulden zu erlassen. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Maßnahmen zur Förderung des Wiederaufschwungs, die auf globaler, regionaler und nationaler Ebene entwickelt und umgesetzt werden, tatsächlich wirksam sind, wobei Politik, Gesetzgebung und Investitionen auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein und sicherstellen müssen, dass dabei globale soziale und ökologische Ziele verfolgt werden.

Ebenso notwendig ist es, die Schäden zu beheben, die die Erde erlitten hat. Die Wiederherstellung eines ausgewogenen Klimas ist äußerst wichtig, da wir uns bereits mitten in einer Notsituation befinden. Die Zeit läuft uns davon, wie uns unsere Kinder und Jugendlichen in Erinnerung rufen. Es muss alles getan werden, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur unter einer Schwelle von 1,5°C zu halten, wie es das Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz vorsieht. Eine Überschreitung dieses Wertes könnte insbesondere für die Ärmsten auf der ganzen Welt katastrophale Auswirkungen haben. Zu diesem kritischen Zeitpunkt ist es notwendig, die Solidarität zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen zu fördern. In Vorbereitung auf den wichtigen Klimagipfel in Glasgow, im Vereinigten Königreich (COP 26), lade ich alle Länder ein, ehrgeizigere nationale Ziele zur Reduzierung der Emissionen zu verabschieden.

Die Wiederherstellung der Biodiversität ist auch vor dem Hintergrund des beispiellosen Artensterbens und der Verschlechterung der Ökosysteme von entscheidender Bedeutung. Es ist notwendig, den Appell der Vereinten Nationen zu unterstützen, bis 2030 30% der Erde als geschützten Lebensraum zu bewahren, um das alarmierende Schwinden der biologischen

Vielfalt einzudämmen. Ich fordere die internationale Gemeinschaft eindringlich auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass der Biodiversitätsgipfel (COP 15) in Kunming, China, ein Wendepunkt auf dem Weg zur Wiederherstellung der Erde wird, so dass sie gemäß dem Willen des Schöpfers wieder zu einer Heimat wird, in der es Leben in Fülle gibt.

Eine solche Wiederherstellung muss in gerechter Weise erfolgen und dafür sorgen, dass diejenigen, die ein Land seit Generationen bewohnt haben, wieder ganz darüber verfügen können. Indigene Gemeinschaften müssen vor Unternehmen geschützt werden, insbesondere vor multinationalen Konzernen, die durch die schädliche Gewinnung von fossilen Brennstoffen, Mineralien, Holz und Agrarprodukten "in den weniger entwickelten Ländern tun, was sie in den Ländern, die ihnen das Kapital bringen, nicht tun können" (LS 51). Dieses korporative Fehlverhalten der Konzerne stellt eine "neue Form des Kolonialismus" dar (Johannes Paul II., Ansprache an die Teilnehmer der Vollversammlung der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften, 27. April 2001, zitiert in Querida Amazonia 14), der die Gemeinschaften und ärmeren Länder auf verzweifelter Suche nach wirtschaftlicher Entwicklung schändlich ausbeutet. Es ist notwendig, die nationale und internationale Gesetzgebung zu stärken, so dass sie die Aktivitäten der Konzerne, die den Abbau von Bodenschätzen betreiben, reguliert und es den Geschädigten ermöglicht, den Rechtsweg zuverlässig zu beschreiten.

5. Eine Zeit der Freude

In der biblischen Tradition stellt das Jubeljahr ein freudiges Ereignis dar, das durch das Erschallen eines Horns eröffnet wird, das im ganzen Land ertönt. Wir wissen, dass der Schrei der Erde und der Armen in den letzten Jahren noch lauter geworden ist. Gleichzeitig können wir bezeugen, wie der Heilige Geist Einzelne und Gemeinschaften überall dazu inspiriert, sich zusammenzutun, um das gemeinsame Haus wiederaufzubauen und die Schwächsten zu verteidigen. Wir erleben eine wachsende Mobilisierung von Menschen, die sich von unten und von den Peripherien her großzügig für den Schutz der Erde und der Armen einsetzen. Es macht Freude, so viele junge Menschen und Gemeinschaften, vor allem indigene, an vorderster Front zu sehen, die sich mit der ökologischen Krise auseinandersetzen. Sie rufen zu einem Jubeljahr der Erde und zu einem

Neuanfang auf, in dem Wissen, "dass sich die Dinge ändern können" (LS 13).

Es ist auch Grund zur Freude, dass die Enzyklika *Laudato si* fünf Jahre nach ihrem Erscheinen viele lokale und globale Initiativen zum Wohle des gemeinsamen Hauses und der Armen inspiriert. Ich würde mir wünschen, dass in diesem Jahr langfristig angelegte Programme entstehen, die in Familien, Pfarreien, Diözesen, Ordensinstituten, Schulen, Universitäten, im Gesundheitswesen, in Unternehmen, in der Landwirtschaft und in vielen anderen Bereichen zu einer ganzheitlich ökologischen Praxis führen.

Wir freuen uns auch darüber, dass sich Glaubensgemeinschaften zusammenschließen, um eine gerechtere, friedlichere und nachhaltigere Welt zu schaffen. Es ist eine besondere Freude, dass die Zeit für die Schöpfung zu einer wahrhaft ökumenischen Initiative wird. Wir

wachsen weiter in dem Wissen, dass wir alle als Mitglieder derselben Familie ein gemeinsames Haus bewohnen!

Freuen wir uns, denn in seiner Liebe unterstützt der Schöpfer unsere demütigen Bemühungen zum Wohl der Erde. Sie ist auch Gottes Haus, wo sein Wort Fleisch geworden ist und unter uns gewohnt hat (vgl. Joh 1,14), und ein Ort, den die Ausgießung des Heiligen Geistes ständig erneuert.

"Sende deinen Geist, Herr, und erneuere das Antlitz der Erde" (vgl. Ps 104,30).

Rom, Sankt Johannes im Lateran, am 1. September 2020

Franziskus

	
IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)	